

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Mus.

Abonnementsspreis 50 Pf. pro Monat,
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adresse:
Verband Bochum.

Unterlaugt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Robert Witt, Bochum.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Anzeigen kosten die sieben geschwungenen Kolonien je 1,- Mark.
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12-maliger Aufnahme 20 und bei
20-maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Storesang.

Was plauderst du, mein lieber Star,
Vom Birnbaumast deiner immerdar? —
Du wiegst den Kopf, dein Schnabel knackt,
Und mit den Flügeln schlägst du Takt. —
Erzählst du mir vom Sommerland,
Vom Dattelbaum, vom Wüstenstrand? —
Sahst du des Niles trübe Flut? —
Hast du am Ganges ausgeruht? —
Nun kann dein Plaudern ich versteh'n,
Du sprichst von dem, was du gesehn,
(Die kleine Schwinge trug dich weit)
Von Wanderlust und Wanderleid. —
Aus Nordlands Nebeln dumpf und dicht
Zog's dich nach Südländs Zauberlicht —
Du sahst der Palmenhaine Grün,
Die Myrte und den Lotos blüh'n. —
Vor deinen Augen hat gelacht
Der Tropen bunte Farbenpracht,
Und dennoch trieb dich wieder her
Die Sehnsucht über Land und Meer. —
Zum Norden, nach der Stätte traut,
Wo du so froh dein Nest gebaut,
Zur Heimat zog's dich wieder hin
Vom schönen Süd beim Lenzbeginn. —
Das plauderst du, mein lieber Star,
Vom Birnbaumast mit immerdar —
Und wenn dein Schnabel schnarrt und knackt,
Schlägst mit den Flügeln du den Takt. —

H. R.

Mehr Bergarbeiter-Schutz!

Jeder neue Bericht der Unfallversicherungsgenossenschaft veranlaßt uns zu dem Ruf: "Mehr Bergarbeiter-Schutz!" Wenn wir die lange Reihe der Unfallmeldungen übergehen, wenn wir sehen, wie sich der Blutstrom nicht verringert, sondern alljährlich mit unheimlicher Regelmäßigkeit anschwillt, und wenn wir uns erinnern, wie viele Jahre schon die dringendsten Bergarbeiter-Schutzforderungen auf der Tagesordnung stehen ohne erfüllt zu sein, trotz enormer Vermehrung der Betriebsgefahren, dann können wir sehr wohl begreifen, daß viele Kameraden alle Hoffnung auf die Gesetzgebung aufgegeben haben, sich verzweifelten Plänen hingeben. Aber wenn das auch verständlich ist, wir sagen mit dem englischen Reformer Carlyle: "Arbeiten, nicht verzweifeln!" Aufräumen, organisieren, schulen, erziehen zur Selbsthilfe durch Anwendung des uns zufließenden gesetzlichen Vereinsrechtes! Je mehr die gesetzgebenden Faktoren versagen, die gesetzliche Reform der Grubeninspektion auf die lange Bank geschoben wird, um so energischer müssen Kameraden die Heilsbotchaft von der organisierten Selbsthilfe gepredigt werden.

Der vom "Kompass" auszugsweise veröffentlichte Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft auf das Jahr 1906 gibt eine enorme Zunahme der Arbeiterschaft in der deutschen Bergwerksindustrie bekannt. Dort waren 1906 beschäftigt 689 248 versicherte Personen, gegen 647 458 in 1905 und 607 367 in 1901. Waren von diesen 689 000 die organisationsfähigen nur in starker Mehrheit dem Bergarbeiterverbande angeschlossen, es sollten bald die meisten Betriebsniederstände beseitigt werden. Nun aber in großen Kreisen mit zehntausenden Kameraden nur erst ein kleiner Teil organisiert ist, ist die fortwährende Klage der Arbeiter über lebensgefährliche Missstände sehr erklärlich. Erleben wir doch, daß in Saarabien die Arbeiterschaft derart niedergedrückt ist, daß sie nicht einmal wagt, ihnen bekannte lebensgefährliche Grubenzustände der Defensitlichkeit zu unterbreiten! Ungläublich bedauerd steigen die Armen in die Tiefe, arbeiten unter den gefährlichsten Verhältnissen, wagen nicht Varm zu schlagen auch wenn ihnen jeden Tag eine schreckliche Katastrophe droht. Das sind ungeheurelle Tatsachen.

Unter bisheriges "Schutzsystem" hat völlig Schißfurcht gesessen. Nicht einmal ein Stillstand der Unfallziffer ist erreicht worden. Das beweist nachstehende Überblick:

	Versicherte Personen	Tötliche und schwere Unfälle (entschädigte)	Unfälle pro 1000 Versicherte
1886 . . .	343 709	2 266	6,59
1900 . . .	565 060	634	12,19
1905 . . .	647 458	10 066	15,55
1906 . . .	689 248	10 784	13,65

Nur der achte bis neunte Teil der überhaupt angemeldeten Unfälle wird "entschädigt", d. h. die Verlegten oder Hinterbliebenen bekommen "Rente". 1905 wurden 81 871 Unfälle angemeldet (126 pro 1000 Versicherte), 1906 werden es circa 85 000 gewesen sein, da allein im Ruhrgebiet sich über 3000 Unfälle mehr wie vorjährig ereigneten. Und doch war 1906 das vielberührte neue preußische "Bergarbeiter-Schutzgesetz" in Kraft. Es hat also — wie wir voraus sagten — den Blutstrom nicht eingedämmt, nicht einsäumen können, weil es vom Dreiklassenlandtag total verhängt ist. Als Quittung liegen nun tausende Bergarbeiterunfälle mehr vor!

Wo die Unfallvermehrung den größten Umfang annahm, ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Unfallszeit	Jahr der Versicherten	Auf 1000 tötlichen schweren und tödlichen Unfälle (entschädigte)
Bohm . . .	1906	1897
Bochum . . .	1906	122 029
Clausenthal . . .	1906	279 707
Hasse . . .	1906	24 827
Waldenburg . . .	1906	88 112
Tarnowitz . . .	1906	29 887
Zwickau . . .	1906	103 462
München . . .	1906	30 279
		109 45

Überschlesien steht abermals vorne an mit den Unfällen im Ruhrgebiet und im Saargebiet nimmt das Bergmannsunglück seinen blutigen Fortgang. Eine Unfallminderung ist in keinem Weise zu verzeichnen.

Wohin soll das führen? Wie soll das enden? Ist das Bergarbeiterleben so minderwertig, daß ihm aus schändlichen Parteirücksichten ein besserer Schutz verweigert bleiben darf? Denn aus partei-politischen Gründen — das geht aus den Verhandlungen des Parlaments Kipp und klar hervor — haben die Landtagsparteien die Arbeitersforderungen abgelehnt, die Regierungsvorlage verschlechtert, weigern sie sich, dem Reichstag die Bergarbeiter-Schutzgesetzgebung zu übertragen. Es könnte — so sagen die "nationalen Arbeiterfreunde" — von den Arbeitern zum Grubenkontrolleur ein Mann gewählt werden, der ein "roter Umstürzler" oder ein "schwarzer Ultramontaner" ist! Dadurch würde "Parteiagitation" in die Grube hineingetragen! Da lassen es die Auch-Arbeiterfreunde lieber bei dem jetzigen Zustand, der die Blutwellen nicht zurückdämmen kann. Die Klagen der Bergleute, das Jammer der Witwen und Waisen, verhallen ungehört.

Aber wie lange will der Bergmann das noch ertragen? Wie lange will er warten mit dem gewaltigen Aufspeichern des öffentlichen Gewissens durch eine mächtige gewerkschaftliche Aktion? Wie lange wollen die Zehntausende und Hunderttausende stumpfsinnig dahintrotten, ohne sich um ihre Interessen, um die Zukunft ihrer Kinder und Kindeskinder zu kümmern?

Bergmann erwache! Ermanne dich zur organisatorischen Tat, die alle Menschenfreunde längst von Dir erwarten! Bravstand ziehen die Frühlingsstürme durchs Land. Bergmann erwache! Siehe wie sie fallen, deine Kameraden, auf dem industriellen Schlachtfeld! Geze den Gefallenen ein Denkmal in einem starken Bergarbeiterverbande! Ihnen zur Ehre, dir zum Schutz.

Zur Frage der Arbeiterskontrolle auf den Bergwerken.

Über eine weitere und zwar kräfte Fortführung der sozial-politischen Gesetzgebung im deutschen Reichstage ist in den letzten Wochen viel geschrieben und geredet worden. Werden alle die Versprechungen, wie sie bei den letzten Reichstagswochen, bei der Thronrede, wie sie bisher auch von den einzelnen Parteien und Regierungsvertretern bei den letzten Staatsdebatten im Reichstage und bei den Verhandlungen im preußischen Landtag gemacht wurden, eingelöst, dann ist zu hoffen, daß auf die lange Zeit der bisherigen Stagnation eine folche der sozialpolitischen Reformen tritt. Wünschenswert ist nur, daß den Worten und Versprechungen möglichst bald die Taten folgen.

Die Wege der angekündigten "sozialpolitischen Reformen" sind nicht genügend vorgezeichnet worden, ein klares übersichtliches Programm ist nicht festgelegt, es ist also den Vermutungen hierüber breiter Spielraum gelassen. Wohin mag wohl die Reise gehen?

Sozialpolitik treiben heißt für uns nicht nur die gründlichste Reform unseres Sozialstaates, Vereins- wie Versammlungsrechts vorzunehmen; nicht nur, daß die bestehende staatliche Arbeiterversicherung in der schon längst von den Arbeitern gewünschten Weise eine Änderung bezw. Erweiterung erfährt, sondern es bedarf auch einer durchgreifenden Reform unserer Arbeiterschutzgesetzgebung. Gewiß verfehren wir nicht die hohe Bedeutung den Schwachen und Hilflosen in der Zeit der Not und Entbehörung beizustehen, mehr aber noch gilt uns der Schutz des Arbeiters vor den täglichen Gefahren in der Fabrik, in Schacht und Hütte oder wo es auch sein mag. Gesundheit und Leben des Arbeiters bedarf in erster Linie des wirklichen Schutzes. Ein Blick auf die Krankheits- und Unfallziffern in der deutschen Industrie zeigt uns, wieviel hier noch zu tun ist.

Wer sich diese Unfallziffern in der deutschen Industrie näher anschaut, wer ihre fortgelebten enormen Steigerungen in einzelnen Industriezweigen von Jahr zu Jahr beobachtet, ohne sich zunächst der Hoffnung hinzugeben zu können, daß es unter den jetzt bestehenden Verhältnissen anders werden kann, der wird es verstehen, warum wir gerade der Reform unserer Arbeiterschutzgesetzgebung das Wort reden. Welche Entlastung der sozialen wie überhaupt der staatlichen Arbeiterversicherung könnte überhaupt bei wirklichen Arbeiterschutz eintreten? Und entstehen nicht auch große volkswirtschaftliche Vorteile aus der Verminderung der Unfalls- und Krankenziffer? Diese Vorteile sind unverkennbar. Und schließlich hat der zunächst Beteiligte — der Arbeiter — doch auch ein Recht, Zustände herbeigeführt zu sehen, die ihm in höherem Maße als bisher Schutz für sein Leben und seine Gesundheit gewährleisten. Dieses Recht ist unbestreitbar und kann nicht widerlegt werden. Der Ausbau der Arbeiterversicherung wie auch die gründlichste Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung, das ist, was wir von der kommenden sozialpolitischen Aera erwarten dürfen und müssen.

Nun aber haben sich schon inzwischen Ereignisse abgespielt, die unsere Schwierigkeiten auf die große sozialpolitische Zukunft hin nicht

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Aufsätze an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

nur gehörig dämpfen, sondern uns auch mit großem Misstrauen erfüllen müssen. Das auszupreisen ist nötig, um die Arbeiterschaft wie auch uns selbst vor Täuschungen zu bewahren. Besonders dürfen die Bergarbeiter gewarnt sein, sich allzugroßen Hoffnungen hinzugeben.

Die Ereignisse, von denen wir hier Notiz nehmen, spielen sich im preußischen Landtag ab und trüpfen sich an die traurige Begebenheit — die Katastrophe auf der Redengrube im Saarrevier.

Vom 22. und 23. Februar 1907 wurde bekanntlich im preußischen Landtag über die Interpellationen der Zentrums- und freisinnigen Partei über das Massenunglück auf Reden verhandelt. Über diese Verhandlungen ist ja in genügender Weise berichtet worden und es erübrigt sich darum, auf sie selbst in langem und breitem einzugehen. Nur ist eins aus den Verhandlungen festzuhalten. Die praktischen Ergebnisse der Verhandlungen über den Wetterschlag im Saarrevier sind gleich Null und stehen im politischen Widerspruch zu all den Erklärungen und Beteuerungen, die im heißen Streit über die Fortführung unserer Sozialpolitik, auch von Regierungsvertretern abgegeben wurden. Jawohl, das Massenunglück auf der Redengrube gab die beste Gelegenheit, schon i. St. bezüglich der sozialpolitischen Reform die Probe aufs Exempel zu machen. Stand doch im Vorbergrunde der Verhandlungen mit, die schon seit vielen Jahren von den Bergarbeiter jedweder religiöser und politischer Art, wie auch von den verschiedensten Parteien unterstützte Forderung der endlichen Einführung einer Arbeiterkontrolle auf den Bergwerken. Und wer will bestreiten, daß die Frage der Arbeiterkontrolle auf den Gruben sozialpolitisch nicht von grösster Bedeutung ist? Konzentriert sich doch auf ihr die Wünsche und das Verlangen von mehr als 600 000 Bergarbeitern allein in Preußen. Und wie gesagt, wo sich Bergarbeiter mit dieser Frage bisher zu befassen hatten, da herrschte volle Einmütigkeit über die Zweckmäßigkeit der Arbeiterkontrolle. Und fast aus sämtlichen Parteien heraus, hat dieses Verlangen der Bergarbeiter warme Unterstützung gefunden. Ja, es gab eine Zeit, wo selbst ein preußischer Minister sich nicht verschließen konnte, dieser Forderung die innere Berechtigung zuzusprechen. Das war anlässlich des Massenunglücks auf Karolinengrube bei einer Besprechung dieser Katastrophe im Jahre 1898.

Die Bergarbeiter hatten Ursache von dieser Zeit ab ihre Hoffnungen auf Erfüllung der genannten Forderung höher zu heben. Nicht nur weil die Massenunglück kein Ende nahmen und viestatt die größten Gesetzesübertretungen der beteiligten Grubenverwaltungen hierbei festgestellt werden konnten, sondern auch, weil die preußische Regierung selbst der Frage der Arbeiterkontrolle näher trat, Versuche anstellte und Erfahrungen aus diesem Gebiet zu sammeln anfing. Und haben diese Erfahrungen zu Ungunsten der Arbeiterkontrolle gesprochen? Keineswegs! Man lese nur die Hefte über "die Verhandlungen und Unternehmungen der braunkohlen Stein und Kohlenfasskommission" durch. Hier werden auch die Urteile und Berichte über die Grubenkontrolle durch Rechter in England und Frankreich wiedergegeben. Sie laufen günstig für das System der Arbeiterkontrolle. Aber weiter. In Großbritannien trat Ende Juni 1906 eine neu gewählte Grubenicherheitskommission (Royal Commission on Safety in Mines) zu der, im Gegensatz zu preußischen Rechtstreit, auch Organisationsleiter von Bergarbeiterverbänden zugezogen wurden, zu einer ersten dreitägigen Sitzung zusammen. In dieser Sitzung gab Malcolm Delevigne, Direktor der parlamentarischen und industriellen Abteilung im Ministerium des Innern eine Darstellung der Berggesetzgebung und des gegenwärtigen Standes und der Entwicklung der Aufsichtsbehörden in England. Er ging auch auf die Frage der Grubenaufsicht durch Arbeiter ein und betonte hierbei auch die bestiedigte Wirksamkeit der Arbeiterkontrolle. In dieser Darstellung wiedergegeben im vierten Hefte der "Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen", Jahrgang 1906 herausgegeben im Ministerium für Handel und Gewerbe in Preußen heißt es u. a. über die Grubenaufsicht durch Arbeiter:

"Die Allgemeine Vorschrift 38 (der Kohlenberggesetzgebung) gibt den auf einer Grube beschäftigten Arbeitern das Recht, die Grube wenigstens einmal in jedem Monat durch zwei Arbeiter aus ihrer Mitte oder zwei andere praktische Bergleute besichtigen zu lassen. Dem Ministerium ist von den Inspektoren berichtet worden, daß, wo dieses Recht ausgeübt wird, es als sehr wohl empfunden werden soll".

An anderer Stelle:

"Ihre (der Arbeiterkontrolle) Wirksamkeit ist im allgemeinen befriedigend, da sie die Grubenbeamten zu größerer Sorgfalt anhält. Nach Mitteilungen aus dem Grubenbezirk Newcastle. In Durham wurden sie auf den grösseren und geschilderten Gruben angewandt und der Inspektor berichtete, daß die Besichtigung gut sei im Interesse der Sicherheit, daß die Kontrolle eine sorgfältige Besichtigung der Arbeitspunkte, des Systems der Zimmerung, des Zustandes der einzuhenden Strecken sein, vornehmlich und daß dies die Grubenbeamten mehr auf dem Posten erhielten."

Und später heißt es:

"Der hauptsächlichste praktische Vorteil der Einrichtung werde sowohl von den Arbeitgebern als auch von den Arbeitern darin gesehen, daß ihr Bestehen für die unteren Beamten ein Ansporn sei, die Gruben in Ordnung zu halten." Die Mitwirkung der Arbeitgeber und ihre Hilfe, die die Inspektoren dadurch leisten, daß sie deren Aufmerksamkeit auf Mängel in den Betrieben und bei Beobachtung der Gesetze lenken, sind für sie, die Inspektoren, von großer Werte."

Das sind Urteile, die keines Kommentars bedürfen, um die Zweckmäßigkeit der Arbeiterschutz für die Gruben nachzuweisen. Wir werden noch auf das seit Jahren auf den preußischen Gruben im Saarrevier bestehende System der Arbeiterkontrolle hinweisen, wenn diese Einrichtung nicht in sich selbst höchst unzulänglich wäre. Aber auch hier sind trübe Erfahrungen nach Darlegungen des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe nicht gemacht worden. Es verloren sich auch nicht an dieser Stelle auf die weiteren Gründe, wie sie die Bergarbeiter selbst noch für die Erfüllung ihrer Forderung beibringen, einzugehen.

Auch sie sind den Vereinen bekannt. Über die besten Begründungen der Arbeitserfordernisse sind wohl die vorliegenden Beschlüsse des Reichstags, die Einführung eines Reichsberggesetzes betreffend. Schließt doch das verlangte Reichsberggesetz auch die Forderung der Arbeiterkontrolle in sich. Der Bundesrat hat dem Verlangen des Reichstags nach einem solchen Gesetz bisher seine Zustimmung versagt und es ist somit beim Ablieben geblieben.

Es ist nun interessant, festzustellen, warum die Forderung der Bergarbeiter auf Auseinandersetzung der Arbeiterkontrolle kein Entgegenkommen bei den Regierungen wie bei einzelnen Parteien findet.

Die hohe Gefahr der Grubenarbeit wird und kann nicht abgestritten werden, auch nicht, daß die schweren Verunglücksungen bei uns in einer Weise zugemessen haben, wie in keinem anderen bedeutenden bergbaubetreibenden Staat in Europa. Seit Bestehen der Unfallversicherung hat sich nach dem Prozenttag auf ca. 1000 Bergarbeiter die Zahl der schweren Verunglücksungen von 6,80 auf 16,63 erhöht. Und zwar handelt es sich hier um eine von Jahr zu Jahr fortgesetzte Steigerung. An Berggesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen hat es nicht gefehlt, eine folgte der anderen. Auch kann nicht gesagt werden, daß die vorhandene Bergaufsicht ihrer Pflichten verblümmt. Aber das Blutmeer steigt trocken höher und höher und zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit, daß es, so nicht mehr weitergehen darf. Es handelt sich um Arbeitsergebnis, um Menschenleben. Kurz, es handelt sich um die erhöhte Sicherheit der Arbeiter in einer Industrie, die jährlich weit mehr als 1000 tödliche Verunglücksungen mit sich bringt. Kein Mittel sollte unversucht gelassen werden, was imstande ist, diese erschreckende Ziffer herabzulegen. Und als ein solches Mittel — nicht Altheilmittel — sehen wir auch die Einführung einer Arbeiterkontrolle, angepaßt den Forderungen der Bergarbeiter an.

Welche Gründe sind es nun, daß die Regierungen in Preußen, in anderen deutschen Bundesstaaten, Forderungen nach dieser Richtung hin kein Entgegenkommen zeigen, daß man sich vor einer gesetzlichen Einführung der Arbeiterkontrolle auf den Gruben schenkt? Der Minister Delbrück hat uns am 23. Februar d. J. gentigend Ausschluß gegeben. Wenn seine diesbezüglichen Darlegungen auch keine neuen waren, so waren sie um so bemerkenswerter, als sie in einer Zeit fielen, wo gerade in allen Tonarten das hohe Ziel der Sozialpolitik gesungen wurde.

„Ich kann aber zur Zeit auch unter dem Eindruck des Redenerungslids, das ich mehr als irgend einer Beilage, nicht eine gesetzliche Regelung der Arbeiterkontrolle in Aussicht stellen.“

Wer sich so bestimmt, selbst unter dem Eindruck eines der schärferen Massenunglücks in Deutschland auspricht, der darf nur schwere und gewichtige Gründe für seine ablehnende Stellung anzuführen haben. Sehen wir darum zu, wie diese Gründe aussehen. Wir bemerkten schon, daß bei Beisprechungen genannten Massenunglücks im Preußischen Landtag, wo auch obige Worte fielen, Herr Delbrück nicht umhin konnte, sich anzurennend über die hier bestehende Arbeiterkontrolle im Saarrevier auszusprechen. Ein anderer Sinn kann nicht aus den Darlegungen gefunden werden. Nur meint der Minister, daß von einer Zwangseinführung abzusehen sei.

Aber, so führt er weiter aus, „wenn gegenseitiges Vertrauen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herstehen wird, wird ein solches Institut eingeführt werden können und gut funktionieren. Wird es aber zur politischen Agitation, zur Erörterung von Angelegenheiten kommt, die mit dem Betrieb der Grube nichts mehr zu tun haben, dann muß es schaden und ich meine, daß die Arbeiter sich dieses Rechte der Beteiligung an der Sicherung der Räume dadurch verdiensten können, daß sie auch ihrerseits mit hohem Vertrauen und Interesse für den Betrieb an ihre Arbeit herangehen. Dann wird es, was die Herren wollen, ganz von selbst kommen. Nach meinen Erfahrungen bin ich nicht in der Lage, mit einem gesetzlichen Zwang nach dieser Richtung vorzugehen. Dies ist eine Frage des geistigen und ethischen Bewußtseins“. Wohin der Minister mit diesen Worten zielt ist klar, aber noch deutlicher sprach er sich in der weiteren Diskussion aus:

„Wenn die Arbeiter die Kunst gelernt haben werden, das Vertrauen der Arbeitgeber an zu erlangen und auf gültigem Wege ihre Wünsche durchzusetzen, dann werden die Arbeitgeber auch einer Arbeiterkontrolle nichts mehr in den Weg legen.“

Was erfahren wir nun aus dem Mund des Ministers? Wo es sich um die Zweckmäßigkeit der Arbeiterkontrolle selbst handelt, da fehlt bei ihm der ablehnende Standpunkt. Aber er befürchtete, daß die Frage der Arbeiterkontrolle zu politischen Streitigkeiten führen könnte, die mit dem Betrieb nichts zu tun haben. Seine Begründung hierfür ist seine Vermutung. Nur sind

aber Befürchtungen und Vermutungen längst keine Beweise und was die ersten in der politischen Welt ausmachen, wird der Herr Minister ebensoviel wissen, wie jeder andere Staatsmann und Politiker. Es könnte schlimm um unsere ganze Gesetzgebung立ten, wenn sie sich vollständig dem Willen der Grubenbesitzer unterordnen, in allen Fragen und Dingen. Solches Verlangen wäre in unserer Zeit aber zu naiv, um ernst genommen zu werden. Sollte die kommende Sozialpolitik aber unter das Zeichen einer solchen Idee, der Unterordnung und einer patriarchalischen Fürsorge gestellt werden, dann wird diese Sozialpolitik elendig Schlußfolgerungen erledigen. Das sagen wir schon heute.

Wir haben zunächst jedes Gesetz, jede Vorschrift oder Verordnung auf ihre Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit hin zu prüfen. Das ist die vornehmste Bedingung für die Schaffung der Gesetze. Die stützlich-ethischen Forderungen hierbei stehen auf einem andern Blatte. Eindeutig hat die Arbeiterkontrolle auf den Gruben keinen Zweck. Ist schädlich oder widersprüchlich sie sonst praktischen Erwägungen, dann fort mit dem Verlangen nach dieser Einführung. Aber, aber sie gilt als eine Notwendigkeit für den Bergbau, wie sie auch als solche von breiten Volksmassen, von zahlreichen Sozialpolitikern, von Volksvertretern, von den meisten Parteien betrachtet wird, dann liegen die Dinge doch ganz anders. Es entbehrt jeder voraussetzenden Voraussetzung, der Zweckmäßigkeit und der Notwendigkeit bloße Vermutungen und Befürchtungen einzugeben.

Die Frage der Grubenkontrolle ist keine Frage der Partei, sie geht in erster Linie der Belegschaft an. Wir haben schon weiter oben erklärt, daß sich in der Forderung wie in der Einrichtung der Arbeiterkontrolle die Bergarbeiter einig sind. Hier liegen gewiss einschließlich gefasste Wünsche der Bergarbeiterorganisationen sämtlicher Richtungen vor und wir glauben, ohne uns ins optimistische Fahrwasser zu begeben, daß auch bei keiner anderen Frage der Bergarbeiterwelt eine solche Einmütigkeit im Handeln vorherrschen wird, als gerade hier. Die Lebenschlüsselfrage steht über die Partei hinweg, mehr noch als handelt es sich um die Lohnfrage oder um die Frage der Errichtung verfügter Arbeitszeit oder um soziale Sachen, die dem Arbeitsverhältnis direkt entspringen. Und hier zeigt uns doch auch die Geschichte wie die Erfahrung rechtfertigt das einheitliche Zusammenwirken der Bergarbeiter aller Richtungen. Die Frage der Arbeiterkontrolle ist zugleich eine Frage des Vertrauens zwischen diesen und der Belegschaft. Die Forderung der deutschen Bergleute geht hier nicht einmal so weit, als es den englischen Bergleuten schon jetzt gestattet ist, die Errichtung der Arbeiterkontrolle zu beantragen. Wir haben oben gesehen, daß es zur Kontrolle nur zwei praktische Bergleute bedarf, die auch außerhalb der Belegschaft stehen können. Das Vertrauen zwischen Belegschaft und Kontrolleur ist die Grundlage, wo jeder Parteihader von selbst schweigt.

Es werden Arbeiterkontrollen kommen und zwar von selbst. Nur muß der Arbeiter gelernt haben, das Vertrauen der Arbeitgeber zu erlangen.“ Kommen solche Worte aus Ministerium oder aus tiefgehender ernster Beratung, dann sollen sie mehr sein, als bloße goldene Worte. Wir verfehlten den Minister in diesem Falle nämlich nicht ganz recht. Vielleicht wäre es besser gewesen, uns gleichzeitig auch mitzuteilen, wie weit sich das Vertrauen der Arbeiter zu den Arbeitgebern in Frage der Grubenkontrolle zu erstrecken hat. Genügt das Interesse für den Betrieb und die Arbeit, wie es der Minister an anderer Stelle hervorhob? Wir hätten dann nur das Wissen der Lohnarbeit und die Stellung des Lohnarbeiters hierzu hier einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Wir glauben aber nicht, daß solches hier von praktischem Wert wäre. Wohl aber wissen wir, daß gegenseitiges Vertrauen daraus erwächst, wenn wie hier, der wirtschaftlich Bedeutung, der heute noch herrschende Teil im Arbeitsvertrag, es nicht am Entgegenkommen gegenüber den Arbeitern fehlen läßt. Der Bergarbeiter besteht sich nicht bei Arbeitsannahme den Arbeitsplatz, er geht und muß hin, wo ihn die Verwaltung hinstellt. Der Arbeiter ist den Anordnungen dieser Verwaltung sofort unterworfen und hat nicht einmal Einfluss auf seine Umgebung. Seine Abhängigkeit von dem Besitzer der Produktionsmittel bedingt heute noch seine Zurückstellung. So steht es jetzt auf den Gruben. Jedes weitere Ein gehen auf die diesbezügliche Theorie macht sich höchst überflüssig. Aber fest steht: Je mehr auf die Selbstständigkeit des Arbeiters Rücksicht genommen wird, je mehr dem Arbeiter eingeräumt wird, im Betrieb und in der Arbeit auch ein gewichtiges Wort mitreden zu dürfen, je mehr er als Kontrahent im Arbeitsvertrag geachtet wird, wächst beides, das Interesse zum Betriebe und zu der Arbeit, wie auch das Vertrauen zu dem Gegenkontrahenten — dem Arbeitgeber. Will der Minister solches in seinen Worten mit eingeschlossen haben, sind wir mit ihm einverstanden. Sonst aber ist die Naturveranlassung der Gruben-

besitzer doch etwas mehr zu berücksichtigen, als es durch den Minister geht. Wir befürchten, daß die Arbeiter erst dann die Mindestlöhne erhalten werden, den Grubenbesitzern zu gefallen, wenn sie sich vollständig dem Willen der Grubenbesitzer unterordnen, in allen Fragen und Dingen. Solches Verlangen wäre in unserer Zeit aber zu naiv, um ernst genommen zu werden. Sollte die kommende Sozialpolitik aber unter das Zeichen einer solchen Idee, der Unterordnung und einer patriarchalischen Fürsorge gestellt werden, dann wird diese Sozialpolitik elendig Schlußfolgerungen erledigen. Das sagen wir schon heute.

Was die Frage der Arbeiterkontrolle auf den Gruben anbelangt, so vertreten wir den Standpunkt, daß Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit das Leitmotiv zu ihrer Durchführung sein müssen. Die Notwendigkeit liegt vor, weil die heutigen Gesetze und Einrichtungen nicht ausreichen, um zu verhindern, daß Jahr für Jahr die Leichtesfügel in den Bergwerksdistrikten höher und höher sich aufzurichten. Die Zweckmäßigkeit der Arbeiterkontrolle ergibt sich aus den bisher gemachten Erfahrungen mit dieser Einrichtung. Und der Durchführung steht doch wohl nichts weiter im Wege, als der gute Wille, und soweit die Negierung in Frage kommt, auch die Absicht auf die Bergarbeiter. Das kann und darf aber nicht die Verantwortung ferner mit der Durchführung dieser so wichtigen Forderung der Bergarbeiter zu übertragen. Ist der gute Wille bei den Bergwerksbesitzern nicht vorhanden, dann fällt dem Gesetzgeber, wie woanders, so auch hier, die Aufgabe zu, den Bergmann zu schützen.

Das Massenunglück auf der Niedengruben gab genügend Anlaß, die Frage der Durchführung der Arbeiterkontrolle auf den Gruben der Wirkverlängerung entgegenzuführen. Und wie gefragt, hier könnte die erste Probe aufs Exempel gemacht werden und es wäre dann eine Tat der neuen sozialpolitischen Ära vorausgegangen, die von jedem Menschenfreunde mit großer Freude und Genugtuung aufgenommen worden wäre.

Inzwischen sind weitere Massenunglücks gesetzt. Ob man will oder nicht, es wird die Frage der Arbeiterkontrolle durch Arbeiter in unseren Parlamenten von neuem erörtert werden müssen. Sollte die preußische Regierung und das Dreiklassenparlament seit der Beratung des Niedengrundes immer noch nichts hinzugeleitet haben, dann muß der Reichstag und die Reichsregierung eingreifen. Die Bergarbeiter sind es schon längst leid, sich so behandelt zu sehen, wie es bisher gehabt. Verlangt unsere Gesetzgebung in der Erfüllung dieser so brennenden Forderung der Bergarbeiter, dann ist es Zeit, endlich festzustellen, daß man sich in gewissen Kreisen mit der Massenötigung von Bergarbeitern auf den Gruben einverstanden erklärt.

Bergwirtschaftliche Rundschau.

Das hungernde Deutschland.

Hundert Mark monatlich sind Hungerlinie. Das geben selbst Vertreter der beständigen Klasse zu. Und doch gibt es wieder Leute, die da meinen, es sei in keinem Falle so gut für die Arbeiter gefordert, als bei uns. Die Lage der Arbeiter reicht sich wirklich der wirtschaftlichen Entwicklung an. Die Unternehmer haben ein warmes Herz für die Arbeiter, und darum ist die Unzufriedenheit, wo sie vorhanden, nur das Werk gewissenloser Agitatoren. Wie es nun aber in Wirklichkeit aussieht, darüber gibt uns folgende Tabelle Auskunft. Von den 86 gewerblichen Berggenossenschaften gibt es 27, bei denen die Durchschnittslöhne unter 3 Mark bleiben. Die schlechtesten sind die folgenden:

	Berufsgenossenschaften	durchschnittl. Arbeitszeit	durchschnittl. verdienter Lohn pro Kopf	Mittel
Zucker	97 158	178	2,00	
Müller	65 757	300	2,87	
Brotteigindustrie	242 212	271	2,87	
Papierverarbeitung	118 960	300	2,79	
Schlesisch-Posenische Baumwolle	119 082	219	2,77	
Töpferei	88 591	300	2,77	
Ostdeutsche Baumwollfabrik	20 828	288	2,05	
Nahrungsmittel-Industrie	111 388	282	2,63	
Sächsische Textil	225 272	270	2,52	
Norddeutsche Textil	123 914	800	2,47	
Leinen	56 454	300	2,40	
Schmiede	152 014	295	2,17	
Süddeutsche Textil	119 161	300	2,16	
Kleiderherstellung	101 407	365	1,85	
Tabak	153 708	300	1,84	
Sächsische Textil	58 245	312	1,75	

Diese sind Löhne, die oft nur bei übermäßig langer Arbeitszeit verdient werden können. 2½ Millionen gewerbliche Arbeiter erzielen im Durchschnitt 3 Mark.

Bahl der geleisteten Lohnes durchschnittl. Arbeitszeit

berufsgenossenschaften

ohne die es bisher gegangen ist und ohne die es auch weiter gehen wird. In Westfalen ist man es leid, daß hinter allem die Polizei steht. Wir haben von Natur den Drang, uns selbst zu betätigen. Man sollte den westfälischen Herren ruhig den Versuch überlassen, wie weit sie kommen. Wir leiden unter der beropolizeilichen Bevormundung und Beaufsichtigung; dafür sprechen viele Beispiele“.

Obwohl wir an dieser Stelle keine Veranlassung haben, uns des näheren mit den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kommission in der fraglichen Sitzung abzugeben, so erscheint es doch am Platze, diese Neuerungen des Bergverwaltungsdirektors hier wiederzugeben. Sie sind charakteristisch und gestalten uns zugleich, von neuem einen Einblick in die Welt der Bergwerksbesitzer. Schlimm steht es um die Gesetzgebung, wie um den Bergmann, wo solche Leute ihren Einfluss auszuüben vermögen. Damit ist nicht gesagt, daß wir Freunde jeglicher polizeilichen Bevormundung, auch in der Berggesetzgebung sind. Nein, die Polizei muß und soll nicht immer das treibende Element sein, auch wenn es sich um den nötigen Bergarbeiter schützt. Nicht kann den Grubenbesitzern ein trauriger Zeugnis ausstellen, als eben die fortwährende beropolizeiliche Bevormundung, wenn wir das Wort nun einmal so gebrauchen wollen. Aber warum folgt ein Rattenkönig von politischen Bestimmungen der anderen? Liegt nicht hier die Schuld mit an den Bergwerksbesitzern selbst? Wo wären wir heute ohne diese gesetzliche Beaufsichtigung und Bevormundung, die uns vielfach noch als völlig unzulänglich erscheint? Für die Bergwerksbesitzer kann die Antwort auf diese Fragen durchaus nicht schmeichelhaft ausfallen. Wollten wir im Jargon des jeweiligen Handelsministers reden, Siehe die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus am 22. und 23. Februar 1907. D. R. (R.) so können wir zu folgender Auffassung: Wenn die Grubenbesitzer die Kunst gelernt haben werden, das Vertrauen der Bergarbeiter wie der Gesetzgebung zu erlangen und auf gültigem Wege ihre Wünsche durchzusetzen, dann werden die Arbeitgeber auch einer Arbeiterkontrolle nichts mehr in den Weg legen.“

Was sich um die Arbeiterkontrolle selbst handelt, da fehlt bei ihm der ablehnende Standpunkt. Aber er befürchtete, daß die Frage der Arbeiterkontrolle zu politischen Streitigkeiten führen könnte, die mit dem Betrieb nichts zu tun haben. Seine Begründung hierfür ist seine Vermutung. Nur sind

2. Streckenbetrieb.

Das übermäßige Durchbreten der Flöze mit Strecken ist zu verhindern, besonders so lange die Flöze darüber nicht verhauen sind.

Die Strecken sind, soweit angängig, nur in solchen Abmessungen zu halten, als ihr Betriebszweck es erfordert, und mit glatten Stößen aufzufahren.

Das Auffahren von Strecken längs der Verwerfungen, in deren unmittelbarer Nähe oder in unmittelbarer Nähe von angebauten Flözen ist zu verhindern. Verwerfungen sind zunächst auf dem kürzesten Wege zu durchfahren.

Abbaustrecken sind zunächst so aufzufahren, daß die Pfeiler eine gleichmäßig flache Höhe erhalten und spitzwinklige Pfeiler vermieden werden.

3. Anordnung des Abbaus.

Der Abbau mit Bergverfahren ist möglichst bald an die Vorrichtung anzuschließen. Die Frage, ob nahe beieinanderliegende Flöze getrennt oder gemeinschaftlich abzubauen sind, ist nach Prüfung der besonderen Verhältnisse zu entscheiden.

4. Versatzbau.

Der Abbau mit Bergverfahren ist demjenigen ohne Versatz vorzuziehen. Der Bergverfahren ist gleichmäßig, in kürzestem Abstand vom Arbeitsstoss und dicht an das Hangende anschließend nachzuführen.

Die Anwendung des Spülverfahrens bietet dem Haubversatz gegenüber größere Sicherheit.

Es empfiehlt sich, mächtige Flöze unter Anwendung von Versatzbau in Scheiben abzubauen.

5. Sicherung gegen Nachfall.

Nachfall muss entweder heringenommen oder sorgfältig und sicher verhaut werden (vergl. auch Ziffer 16, Abs. 3).

Das Anbauen einer selbst schwachen Bank aus fester Kohle bietet vielfach einen wirksamen Schutz gegen das Herauskommen eines kluftigen, gebrochenen Hangenden.

6. Pfeilerabbruchbau auf den oberhessischen mächtigen Flözen.

Die Zahl der gleichzeitig in demselben Abbaufeld betriebenen Pfeiler ist so zu begrenzen, daß die beim Abbau eintretenden Druckwirkungen möglichst nicht auf Nachbarspfeiler übertragen werden.

Die Stärke des Beins muss im richtigen Verhältnis zur Flözmächtigkeit stehen: Der Rückbau des Beins darf nicht fortgesetzt werden, wenn das Zubruchengehen des Beins oder des Pfeilers zu gewärtigen ist.

Der Pfeilerabbau ohne Bein erscheint in solchen Fällen unbedenklich in welchen ein vorzeitiges Zubruchengehen der Pfeiler nicht zu befürchten ist.

Pfeilerabbruch bei gebrochenen Pfeilern ist möglichst dadurch zu verhindern, daß die Firstensohle der Strecke vom alten Pfeilerabschnitt heringenommen wird. Dann erst ist mit dem Auffahren des neuen Pfeilerabschnitts zu beginnen.

Abgebauten Pfeilerabschnitte sind zu Brüche zu werfen, damit Glödenbildung vermieden wird. Gehen die Pfeilerabschnitte regelmäßig erst nach längeren Strecken zu Brüche, so sind seitens des Betriebsleiters die zur Sicherung der Belegschaft erforderlichen Vorschriften zu treffen.

7. Bauweise Herstellungswinnung.

</

schnitt Lohnsöhne von 1,75 M. bis 2,00 M. Nun verlangt es die ausgleichende Gerechtigkeit noch, daß diese Armen für Stadt, Land und Industrie aufzahlen, sei es durch direkte oder durch indirekte Steuern, Abgabe usw. Und da sage noch einer, daß für den deutschen Arbeiter nicht bis in sein höchstes Alter hinein gehörig gesorgt wäre?

Nationaler Bodenwuchs. Eine Verdoppelung der Landpreise in Ostpreußen und Posen hat in den letzten 20 Jahren stattgefunden. Die Ausiedlungskommission zählte pro Hektar:

Westpreußen		Posen	
Angelaufste	Angelaufste	Hektar	Mt.
1888	4 644	528	7 215
1890	1 678	492	6 088
1895	2 851	609	4 715
1900	4 252	821	12 328
1905	8 080	1 004	25 581
			1 288

Ein Teil dieser Steigerung ist durch statthaftfundene Meliorationen (Bodenverbesserungen) bedingt, zum größten Teil handelt es sich dabei jedoch um künstliche Preissteigerungen der deutschen und polnischen Großgrundbesitzer, die aus der hier getriebenen „nationalen“ Ausiedlungs-politik ihren Vorteil zu ziehen wünschen. Die Reiche zahlt natürlich der angezielte Bauer, der von vornherein mit einer hohen Grundrente belastet wird. Auch ein Beitrag zur Agrarfrage und zur „Not der Landwirtschaft“!

Der Welthandel hat sich in den letzten Jahren in den bekannten Industriestaaten fortgesetzt gesteigert und eine Höhe erreicht wie nie vorher. Es bestreitet nicht, wenn sich gemischte schweizerische Organe in Position setzen und die steigenden Welthandel auf die schweizerischen Beziehungen der Arbeiter und ihrer Freunde zurückzuführen versuchen. Für Deutschland sollte es der Holztarif und die auf Grund dieses Tarifes abgeschlossenen Handelsverträge sein, die den Handelsaufschwung verursachten. Das haben wir in den letzten Monaten sogar recht häufig zu hören bekommen. Wie stehen die Dinge nun? Gewiß ist der Welthandel gestiegen, aber nicht nur in den Ländern die unter dem Zischen des Schuhzollsystems stehen, sondern auch in solchen Staaten mit einem freihändlerischen Vertrag, vornehmlich England und Amerika. Ja, der englische Handel weist sogar einen höheren Aufschwung als der Handel in Deutschland nach, was aus folgenden Biffen leicht zu erkennen ist:

Werte des Warenhandels in Millionen Mark.

	1900	1903	1904	1905	1906
Deutschland	Einfuhr 5 765,6	6 002,7	6 864,1	7 128,8	7 851,0
	Ausfuhr 4 811,4	5 014,8	5 222,6	5 781,6	6 125,0
Großbritannien	Einfuhr 9 881,8	9 840,7	9 806,0	9 944,8	10 865,6
	Ausfuhr 5 940,8	5 982,8	6 184,5	6 782,5	7 688,7
Frankreich	Einfuhr 8 758,7	8 841,0	8 801,0	8 780,1	4 188,5
	Ausfuhr 8 287,0	8 401,8	8 880,8	8 800,4	4 084,9
Österreich-Ungarn	Einfuhr 1 441,9	1 595,5	1 740,7	1 884,2	1 912,8
	Ausfuhr 1 850,7	1 810,8	1 775,4	1 842,0	1 963,0
U.S.A.	Einfuhr 3 488,2	4 288,4	4 880,8	4 952,4	5 546,5
	Ausfuhr 5 757,2	5 847,4	6 095,5	6 716,8	7 445,4

Im ersten Jahre des seitigen herrschenden Holztarifes in Deutschland von 1905 auf 1906 stieg dessen Einfuhr um 722,2 Mill. Mark oder um 10 Proz. und die Ausfuhr um 808,5 Mill. Mark oder um 7 Proz., dagegen stieg die Einfuhr in Großbritannien um 721 Mill. Mark, d. i. 7 Proz. und die Ausfuhr um 981 Mill. Mark, d. i. 14 Proz. Die Steigerung der Einfuhr in den Vereinigten Staaten betrug sogar 12 Proz., deren Ausfuhr 11 Proz. wenn auch die relativen Ziffern hinter den von Deutschland und England rangieren. Beweiswert ist für Deutschland, daß der Gesamthandel von 1904 auf 1905 eine höhere Steigerung aufzuweisen hatte wie 1905/06. Mit mehr Recht als die Schuhzöllner und ihre Freunde könnten wir aus diesem Ergebnis unsere Schlüsse ziehen, halten solches aber immer noch zu verachtet. Erst die kommenden Jahre werden zeigen, welchen Einfluß die Bilanzpolitik auf unseren Gesamthandel ausübt, sowohl ein Einfluß die hier festgestellt werden kann. Schließlich prechen noch weitere genügtige Umstände mit, die ihren Einfluß auf Handel und Wandel ausüben. Feststellen wollen wir noch, daß Deutschlands Außenhandel in den beiden ersten Monaten im Jahre 1907 gerade nicht die günstigsten Ergebnisse aufzuweisen hat. Im Vergleich zum Vorjahr betrug der Gesamtumsatz in 1000 Doppelpzentnern:

Januar	Februar
1906	81 898,8
1907	74 181,8
	94 808,2
	70 785,0

nehmen wir auch an, daß Import wie Export in den beiden ersten Monaten des Jahres 1908 sich besonders stark gehoben hatten, weil man infolge des baldigen Inkrafttreten des neuen Zölle noch schnellstens die Geschäfte unter den alten Zolljahren abzuwickeln versuchte, so geben die Zahlen, die auf einen bedeutenden Rückgang des Außenhandels hinweisen, doch zu allerhand Bedenken Anlaß, umso mehr, als die Stimmen sich mehren, die zeigen, daß der Bilanz-Satz dem doch nicht so segensreich für die deutsche Industrie ist, als man es darzustellen beliebt. Warten wir ab.

8. Schrämmaschinen.

Die Anwendung der Schrämmaschinen ist zu empfehlen.

9. Sicherung gegen überhängende Kohle und unter-schräme Kohlenstöße.

Überhängende Kohle und unterschräme Kohlenstöße sind durch Stroben oder Bolzen zu sichern.

10. Schiebarbeit und Betreiben der Schüsse.

Die Schiebarbeit ist auf das notwendige Maß zu beschränken. Die Schüsse sind regelrecht anzusehen und nicht zu überladen.

Das Bereichen (Veräumen) der Schüsse ist erst nach dem Uebziehen der Sprenggasse vorzunehmen. Während dieser Arbeit dürfen sich nur die Beteiligten Hauer an der Arbeitsstelle oder in deren Nähe aufzuhalten.

Auf den überschlässigen mächtigen Flözen hat die Ortsbaugeschäft in jeder Schicht ihre Schüsse selbst zu bereichern oder der ablösenden Kameradschaft Mitteilung zu machen, falls diese das Bereichen überlassen wird.

11. Anordnung des Vertriebs.

Der Arbeitsstöck ist zunächst regelmäßig zu gestalten.

Die Sprenggewinnung muß von gesicherter Stellung aus erfolgen. Das Abholzen hat von der Seite oder bei mächtigen Flözen mit steilem Einfallen und bräcker Kohle von oben nach unten zu geschehen.

12. Beobachtung des Vertriebs.

Bedingungen die Flözverhältnisse während des Abbaues eine besondere Stein- und Kohlenfallgefahr, so ist der Vertrieb möglichst zu beschleunigen.

13. Beobachtung der Belegschaft.

Vor Beginn der Arbeit ist die Sicherheit des Ortes durch die Hauer zu prüfen; diese Prüfung ist auch während der Schicht, insbesondere nach jeder Arbeitspausen zu wiederholen.

Der Zugang zum Arbeitspunkt ist zur Sicherstellung der Flucht von Hindernissen möglichst frei zu halten.

III. Ausbau.

14. Planmäßiger Ausbau.

Die Art des Abbaues beim Ausbaubetrieb muß der Beschränktheit des Gebirges entsprechen. Die Art der Ausführung des vorläufigen und endgültigen Ausbaus darf nicht dem Belieben der Kameradschaft oder des einzelen Arbeiter überlassen werden, sondern ist entweder für die ganze Grube, oder die einzelnen Flöze oder einzelne Flögabteilungen von dem Betriebsführer besonders festzusezen und der Belegschaft zur Kenntnis zu bringen.

Insbesondere ist der Höchstabstand anzugeben, in welchem die Einzelteile dieses Ausbaus voneinander anzutragen sind, mit dem Hinzuflügen, daß Betriebsbeamte und Arbeiter verpflichtet sind, nötigenfalls diesen Abstand zu verlängern.

Falls beim Strebenebetrieb planmäßige Zimmerung erforderlich ist, finden vorstehende Bestimmungen entsprechende Anwendung.

15. Endgültiger und vorläufiger Ausbau.

Der endgültige Ausbau ist sobald wie möglich nachzuführen. Bis zur Fertigstellung des endgültigen Ausbaus sind nötigenfalls Füße und Seitenstöße vorläufig abzufangen.

16. Art des Ausbaus.

Nur bei sehr festem, erfahrungsgemäß zuverlässigem Gebirge darf leglicher Ausbau fehlen.

Ills den Berggewerbegerichten.

Oberhausen. **Sitzung des Berggewerbegerichts.** Als Beisitzer waren zugegen Betriebsführer Kleinebrahm, Oberhausen und Hauer G. Guoch, Syrum. Zur Verhandlung standen drei Sachen. Die erste richtete sich gegen die Zeche Oberhausen wegen läudigungsfreier Entlassung; dieselbe wurde vertagt zwecks Ladung neuer Zeugen. Die zweite Klage richtete sich gegen Zeche Alstaden. Hier klagte der Hauer M. von Alstaden wegen rückständigen Lohns. Es war dieses der dritte Termin in dieser Sache. Der Sachverhalt ist kurz folgender: M. wurde nach einer Betriebsversammlung obiger Zeche aus seiner Arbeit herausgenommen und bekam Arbeit für sich allein in einer Grubestrecke, wo ihm ein Gehänge von 8 Mt pro Meter vom Steiger angeboten wurde, welches M. nicht annahm. Es wurde ihm vom Steiger gesagt: „Diese Arbeit und dies Gehänge ist für Sie vom Betriebsführer angewiesen worden, wenn Sie nicht zufrieden sind, müssen Sie sich beim Betriebsführer beschweren.“ Das tat der Arbeiter auch. Es kam jedoch zwischen ihm und dem Hauer Betriebsführer auch kein anderes Gehänge zu stande, worauf M. dem Betriebsführer nebst Steiger unter Zeugen erklärte, er könne das Gehänge nicht annehmen, weil es nicht möglich sei einen nur halbwegs angeständigen Lohn darauf zu verdienen. Er arbeitete dann aber auf gut Glück weiter und hat dann sage und schreibe 2,11 Mt. pro Schicht ausgezahlt bekommen. Die Zeche wollte hier so quasi den Kameraden M. als Deldebergerinstellen, indem in einem fiktiven Terminkontrakt wurde ihm der Monate November und Dezember nicht ausgeschaut. Das wohlgemerkt, aber unter ganz anderen Verhältnissen. (D. B.) Die Zeche wurde verurteilt, an M. die laut Arbeitsordnung ihm zustehenden 2/3 des durchschnittlichen Lohnes des Hauer zu zahlen. Die dritte Sache richtete sich gegen die Rheinische Bohrgesellschaft. S. a. b. o. r. Der Hauer M. hatte bei obiger Gesellschaft Arbeit angenommen, bei 80 Pf. Stundenlohn. Es wird seitens der Firma denselben verheiraten Arbeitern, die sechs Kilometer und weiter vom Bohrturm entfernt wohnen, noch ein täglicher Zufluss von 1 Mt. gewährt, welches M. bei der Annahme auch zugesagt wurde, aber für die Monate November und Dezember nicht ausgeschaut wurde. Außerdem wurden dem M. die Papiere 15 Tage vorenthalten. Die Firma wurde verurteilt, an M. zu zahlen: 47 Tage à 1 Mt. Zusatz, 13 Tage Versäumnis wegen der nicht ausgehändigten Papiere à 3 Mt., 80 Pf. und Versäumniskosten an zwei Terminen 11,80 Mt. Summa 87,80 Mt. Vielleicht ist dies eine hellseherische Lehre für die Firma, die sie veranlaßt, ihren Arbeitern gleich den ihnen zustehenden Lohn zu zahlen, dann ist die Geschichte bissig und es macht auch einen besseren Eindruck, als wenn sie erst vom Gericht dazu gezwungen werden müßt.

in einer für die gesamte nationale Wirtschaft verhängnisvollen Weise unterbluden würde.

Also sogar Holzhändler eilen den bedrangten Grubenbesitzern zu Hilfe. Woher mögen diese ihre Freundschaftsgefühle für das unvermeidliche Grubenunternehmen entdeckt haben? Sind sie etwa von den letzteren in ihrer Eigenschaft als Holzlieferanten mögl. gemacht worden? Unter welcher Beeinflussung? Bis jetzt wissen wir, daß der Kreis der Interessenten gegen die Berggesetzmöglichkeit doch recht eingeengt ist. Die Masse des Volkes verläßt Schutz der noch vorhandenen Erdschäfte vor der schrankenlosen kapitalistischen Ausplünderung durch die Grubenmagnaten. Hoffentlich bleibt die preußische Regierung fest.

Zur Ursache der Selbstbrände auf Zeche Preußen und Mathildenhöhe Garbeck. Alljährlich der auf den hier genannten Gruben vorgenommenen Selbstbrände ähneln allenthaler dunkle Geschichten in die Öffentlichkeit. So brachte ein Dortmund Blatt die Melbung, daß sich nach Aufhebung des Drahtsyndikats das Sollingertal wesentlich verschlechtert habe. Die ansicht wurde in der Zeitschrift durch die gegenüberliegenden Preisunterbietungen der Drahtseile bestätigt. Die heutigen Seile haben gegen früher kaum ein Deutchen Sicherheit. Es treten plötzlich Brände bei Einzelbränden auf, ohne daß an dem Seile sonst ein Verfaulungscheinbarwerde. Die Betriebsverwaltung von Preußen sucht nun festzustellen, daß sie auf den Preis des Seiles nicht gelehnt habe und daß das Seile eine solche Sicherheit ergeben habe, daß ohne eine äußerste Mißwirkung sich das Feuerchen kaum gedacht werden kann. Sicherheit kann aber auch die Grubenverwaltung der Zeche Preußen nicht feststellen. Die Verschlechterungen der Drahtseile wird nicht widerlegt. Aehnlichen Geschichten über schlechte Seile mit die Königliche Zeitung entgegentreten. Hier scheint sogar der Rechtsstreitigkeitsvorfall des Königlichen in Garbeck einen offiziellen Charakter zu tragen. Zunächst wird festgestellt, daß es eine Regelung für Drahtseile nicht gäbe und der Bruch einzelner Drahtseile nicht als solche schadhaften Stellen bezeichnet werden könnten, die die Sicherheit gefährdeten. Die Untersuchung hat ergeben, daß die vorgeschriebene tägliche Prüfung des Seiles nicht immer durch den Dienstpersonal durchgeführt wird, was mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Drahtseile verhindert haben werden, da die schlechten Stellen des Seiles durch die Seilschmiede verdeckt waren. Also auch hier steht eine bestimmt Erklärung. Daß die Behörden doch der Nichtprüfung der Seile vor der Anfahrt einen wesentlichen Wert für das Unglück beilegen, beweist, daß der mit der Revision des Drahtseiles betraute Steiger, der am Tage des Unglücks das Seile nicht kontrollierte, nun mehr mit der Hälfte seines Gehaltes einstweilig vom Dienste suspendiert worden ist. Weiter heißt es: Die bei der letzten Schnittung aufgefundenen drei Drahtseile hätten keinen Anlaß zu Bedenken gegeben, da die vorherige Hälfte der Drahtproben noch die fast acht fache Sicherheit ergeben habe. Die Seile blieben bis zur sechsfachen Sicherheit benötigt werden. Was scheint, daß es doppelt leichtiert, gehandelt heißt, bei einem solch geringen Grade der Sicherheit, wie es bei der letzten Schnittung festgestellt wurde, die schärfste Kontrolle außer Acht zu lassen. Die Drahtseilabläufe, so schreibt die Kön. Blg., weiter, gewähren nur zwei Jahre Garantie. Worum wohl? Sollte sich hier das mit bestätigten, was wir oben schon schrieben. Läßt sich doch die Frankfurter Blg. bei dieser Gelegenheit berichten, daß es zwar Seile gibt, die eine sichere Festigkeit aufzuzeigen und für die eine dreijährige Garantie gegeben wird, (Monta-Hans-Seile) als die Gußstahl drahtseile, aber aus Billigkeitsgründen greift man allgemein zu der letzteren Art. So kommt es vor, daß Drahtseile zerbrechen, noch ehe die Garantiezeit abgelaufen ist. Dieses soll längst noch auf einer lohnbringenden Grube geschehen sein, ohne daß die Öffentlichkeit etwas davon erfuhr, da Menschenleben nicht verloren gingen. Als ein Hauptgrund, weshalb in Deutschland fast nur Drahtseile verwendet werden, ist jedenfalls der, daß man die hohen Summen für das Rohmaterial nicht ins Ausland gehen lassen will, sondern der deutschen Gußstahlindustrie — eben dieselbe die durch den Konkurrenztempo unter sich auf Preisunterbietungen angevoleten zu sein glaubt — zugute kommen läßt. Nun, manche Wege sind wunderbar. Da reicht das Seile, Menschenleben gehen zu Grunde, die Ursache kann nicht festgestellt werden und doch sind Schuldige vorhanden. Schuldige, die gelegentlich kaum oder gar nicht zu fassen sind, und doch den Unglücksfällen näher stehen, als man allgemein annimmt. Die vorherrschende kapitalistische Wirtschaftspolitik läßt solche Ungeheuerlichkeiten eben zu. Und das wird noch manche Opfer erfordern.

Richtungen aus der Montanindustrie.

Die Steigerung der Bergarbeiterlöhne. Die Werksprese läßt es sich nicht nehmen, fortgesetzte auf die Steigerungen der Arbeiterlöhne hinzuweisen. In den letzten Tagen fanden wir sogar Artikel, denen Skizzen mit den nötigen Erläuterungen beigegeben waren. Die Absicht hierfür ist ja durchsichtig. Die fortgesetzten Preiserhöhungen für Kohle rufen bei den Konkurrenten nicht eine geringe Erregung hervor und da ist es nach Ansicht der Grubenbesitzer und ihrer Presse hohe Zeit, diese Erregung von sich auf andere abzulenken. Sie klagen, daß sie sich zu diesen Preissteigerungen nur gezwungen haben durch die hohen Rohstoffpreise. Dieser „höheren Gewalt“ gegenüber seien sie machtlos. Höhere Löhne, dann höhere Rohstoffpreise. Das ist jetzt, wie immer der Kreislauf, wie es von der Werksprese nachgewiesen werden muß, mag

Ausbau ist gehörig zu verspreizen, die Schachttöpfe sind gegen das Heraufbrechen von Gestein sicher zu verpfählen.

Der Erfolg des vorläufigen durch den endgültigen Ausbau oder die Mauerung hat in Abhängigkeit von möglicher Länge zu erfolgen, ehe der Gebirgsdruck diese Arbeiten in besondere Gefahr bringt.

IV. Beleuchtung.

noch so allgemein aussehen. Zum Überblick weist man noch darauf hin, daß die Werkstätten nicht Schritt halten mit den Steigerungen der Arbeitseinkünfte, also lange nicht einstehen vor den Preissteigerungen die Werte zu erhöhen. Hängt der Konsum über diese Politik an zu raten, dann sind es die Bergarbeiter, die ihm die Plage der Wertsverzehrung aufzuhören. Vergleichende Maßnahmen zeigen und siehe da, die Konsumkosten verhalten sich mit Abstand gegen die Knappheit. Nun, so zeigt sich ja an anderer Stelle, wie sich die Werkstättenknappheit äußert. Sieht man auf dem Standpunkt, daß im vergangenen Kreislauf auch die Werkstättenknappheit mit abgestimmt werden sollen. Dann sage man doch solches frei heraus. Steigerung der Boden-, Steigerung der Preise und notwendigerweise Steigerung der Werkstättenknappheit. Glaubt man mit solchen wirtschaftlichen Problemen sich vor den Angriffen geschützt, dann befindet man sich auf dem Outweg. Die Dinge liegen doch bei den Gründen anders. Es ist der Werkstättensitz, die beiden andern, Lohn und Preise müssen als Mittel mit dazu dienen, um den Werkstättensitz möglichst hoch zu schrauben. Nun kommt die wirtschaftliche Nebenwirkung des Grundherren. Die Werkstätten gestalten uns, aber auch etwas anderes, als was sie uns zeigen will. Nicht müssen die Vergleiche der Jahre von heute mit denen von 1902 gezeigt werden, sondern man geht eben auf das Jahr 1900 zurück. So finden wir, daß im Durchschnittslohn von 4,18 M., im Jahre 1905 auf 4,89 im letzten Quartal 1905, d. h. um 4% gestiegen ist. In anderen Niederrhein haben sich der Lohn oft nur um wenige Pf. gegen 1900. Was die Arbeiter aber nur mehr verdienen, kommt ihnen bekanntlich nur im geringsten Maße zu gute. Das sollte auch die Werksprese wissen. Weil es so ist, müssen wir uns ernstlich dagegen wahren, die Bergarbeiter als Willkürträger von der Werksprese trennen zu lassen. Was die Gründenbesitzer los haben, will sie selbst ausschließen. Die Arbeiterknappheit haben keine derartigen Steigerungen erfahren, daß sie die festgelegten Preissteigerungen rechtfertigen. Daraus ändert sich die knappheitliche Zusammenstellung an "Wewelsen" in der Werksprese nichts.

Werksteigerung des Kettensägezeugnisses. Nach dem im Kaiserlich Staatslichen Amts zusammengestellten Nachschluß über die Ergebnisse der Bergwerke, Salinen und Gütern im Deutschen Reich und Luxemburg ergaben sich für fast alle Erzeugnisse ziemlich erheblich höhere Einheitswerte. Es steht sich d. S. der ermittelte Durchschnittswert für die Tonnen:

	1905	1906	Wt.	Wt.
Stahlblech	8,00	8,08		
Braunblech	2,88	3,88		
Gläser	8,40	8,84		
Binder	65,42	74,16		
Gießereischalen	50,77	61,88		
Gießwaren I. Schmelzung	10,81	10,44		
Belebensmittel	80,72	84,86		
Thomaskrähen	50,05	54,47		
Stahl- und Spiegelisen	71,47	80,46		
Glocken	52,81	56,87		
Puddelrohren	34,86	40,10		
Bruch- und Waschisen	59,22	58,08		
Blasint	408,62	528,28		
Blattblei	260,01	388,60		
Kupfer	1 406,57	1 788,91		
Zinn	2 686,12	3 844,80		
Silber (Reinmetall) per kg	82,85	90,91		
Gold	2 700,00	2 700,00		

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Ignaz Auer 4.

Ein Mann ist gestorben, von dem die Arbeiterschaft noch reden wird, wenn alle die von einem spezielldeutschen Choros zu „Führern der Nation“ aufgeputzten Tagesgötter längst in Vergessenheit geraten sind. Ignaz Auer, einer der markantesten Führer der Deutschen Arbeiterbewegung, ist am 10. März in Berlin einem Schlaganfall erlegen. Schon seit einigen Jahren hinsichtlich, wiekt doch die plötzliche Todestunde aus Auer's Heim erschütternd auf Freunde und Feinde. Auch auf seine politischen Feinde, bereit der zärtlose Verfechter der freiherrlichen Ideen sehr viele hatte. Über auch die Nachrufe in der gegnerischen Presse lassen erkennen, welche Verlust die deutsche Arbeiterschaft erlitten hat. Geboren 1845 in dem niederbayerischen Ort Altmühlstadt, befürchtete er die Bauerschule, lernte die Sattlero, übte sie als Geselle aus und fand dabei Zeit, (besitzt den unbesiegbarer Drang), sich vom Sattlergesellen zu einem der gebildeten Arbeiterschüler, zu einem außergewöhnlich einschneidenden Parteiführer, zu einem der hervorragendsten deutschen Politiker hinaufzuschwingen. Was Auer speziell der partei-politischen Bewegung war, ist hier nicht zu erörtern. Was er als Gewerkschaftsführer war, welche Stellung er gegenüber der Gewerkschaftsbewegung jahrlang seit 1890 einzunahm, das läßt sich in ein paar Zeilen nicht darlegen. Wir hoffen, es findet sich ein Verfasser, der Auer als Gewerkschaftsführer dem Verständnis der jüngeren Generation näher bringt.

Wir haben mit Auer als Gewerkschaftsführer häufig nicht übereinstimmen können. Als junger Mann trat er der Sattlergewerkschaft bei, wurde bald ihr Führer. Über jene Gewerkschaftsperiode war sehr verschieden von der, die wie aktiv miterlebt. Die damaligen Ansichten über Zweck, Bedeutung und Zukunft der Gewerkschaftsbewegung werden von den nach sozialistisch-gesetzlichen Gewerkschaftsorganisationen meistens nicht mehr geteilt. Auer kam bald an die ihm gehörende Stelle als Parteiführer, verlor dadurch aber auch natürlich die intime Fühlung mit dem Gewerkschaftsleben, die notwendig war, um die neuen gewerkschaftlichen Strömungen zu würdigen in ihrer Bedeutung für das gesamte politische Leben. Auf Auer, Böbel und Liebknecht lastete Jahrzehnte lang die ungeheure Parteiarbeit vorzüglich, kein Wunder daß diesen Männern die Gewerkschaftsbewegung nicht mehr sein konnte, was sie ihnen selber war. Und so erklärt sich ganz natürlich, mancher Zusammenschluß, den gerade Ignaz Auer, einer der ältesten deutschen Gewerkschaftspioniere, mit den jüngeren Gewerkschaftsvertretern gehabt hat. Auer sah zeitweilig in der ungeahnt aufstrebenden Gewerkschaftsbewegung eine Gefahr für die Aktionsfähigkeit der politischen Arbeiterbewegung! Er als „Parteiautor“ hielt sich für verpflichtet, dieser Gefahr mit der ihm eigenen Energie zu begegnen. Später, als wir den Verstandenen persönlich näher kennen lernten, wurde uns erst seine Ausfassung begreiflich. Er wurde von den edelsten Motiven bestimmt, die Einheit der Arbeiterbewegung ging ihm über alles! Wo er sie in Gefahr sah, oder auch nur glaubte sie sei gefährdet, da konnte er „sozialistisch groß“ werden. Wir, die wie oft der Gegenstand seines Interesses waren, haben ihn auch von der anderen Seite kennen gelernt, wissen darum, welchen schweren Beifall die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung schon bei erhielt als Ignaz Auer ein Opfer seiner Riesenarbeit für das Proletariat wurde, auf das kaum einer sah, nicht mehr aktiv eingreifen konnte, gerade dann, als er am nötigsten war.

In seiner Nähe trauern wir um einen Mann! Ein Mann, der er rätselhaft und doch wieder neu, neid, der geborene Führer, ein außerordentlich klarer Führer, ausgerüstet mit glänzenden Erfolgsgaben. Was er getan hat für die Entwicklung und für die Verteilung der Arbeiterklasse, das ist in den Blättern der deutschen Geschichte unvergänglich eingetragen. Als man ihn hinauswurde zum stillen Friedhof, da wurde ein großes Bild deutscher Arbeiterbewegung in den Erdenschot gezeichnet. Er hat nicht umsonst gelebt, sein Werk zeugt für ihn. Stehen wir ihm nach, das ist sein Denkmal.

O. H.

Der Stand des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1906.

Die Nummer 15 der „Metallarbeiter-Zeitung“, Organ des Deutschen Metallarbeiterverbandes enthält die Jahresabrechnung des Verbandes für 1906. Mit berechtigter Ironie wendet sich der Bericht normag an seine Gekrönte an die gewerkschaftliche Arbeitersorganisationen, die organisierten Unternehmer der Automobilindustrie und an die Scharfmacher.

„Sie hätten“, so heißt es im Bericht, „es im vorigen Jahre darauf abgesehen, den Deutschen Metallarbeiterverband zu vernichten. Wie weit Ihnen das gelungen ist, das zeigt die veröffentlichte Jahresabrechnung allein schon mit nichts als willkürlicher Übriglassender Deutscher. Dieser Unschauungskunst wird noch ergänzt durch die in einigen Wochen erschienene Gesamtstatistik über die Kämpfe und Folgen des Verbandses im Jahre 1906 und durch die Abrechnung seiner Lokalfassen.“

Die Mitgliederzahl erhöhte sich im Berichtsjahr um 75 883, von 250 002 auf 325 075. In den letzten vier Jahren betrug die Gesamtzunahme 206 233 oder um 160 Prozent. Der Verband zählt 1906 14 077 wertvolle Mitglieder.

Die Abrechnung basiert mit 8 015 771,58 M. (1905: 8 647 418,80 Mark). Die Nettoeinnahme und die früheren Jahre ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

1906	1905	1904	1903
Wt.	Wt.	Wt.	Wt.
Eintrittsgelder	89 772,70	71 095,60	54 806,70
Vertretung	7 877 655,10	4 680 670,10	3 226 808,15
Gewalt. Einnahmen	48 881,87	340 145,71	28 718,01
Zusammen	801 009,07	610 717,41	48 881,87

Die Abrechnung basiert mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge allerdings 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit 4 680 576,10 M. noch ein Mehr an Beiträgen von 2 474 701,50 M.

Die Einnahme aus den Beiträgen mit 7 877 855,10 M. ist gegen 1905 um 1 188 270 M. gestiegen. Es entfallen allerdinge 78 881,87 M. auf die Extrabeiträge von 26 Pf., also auch noch ein Abzug, ergibt sich gegen 1905 mit

explodiert sein. Die Wirkung der Explosion war furchtbar. Die Strecke war auf eine Länge von etwa 800 Meter vollständig zusammengebrochen und zum größten Teile auch in Brand geraten. Die aus dem Schacht aufsteigenden Rauchwolken ließen schlimmes befürchten und in kurzer Zeit holte sich auch eine große Menschenmenge an der Bucht angesammelt. Es gelang jedoch, das Feuer bald zu löschen. Glücklicherweise sind Menschenleben bei dieser Katastrophe nicht zu beklagen, weil zur Zeit der Explosion sich niemand in der Nähe befand. Wäre die Explosion jedoch eine Stunde später erfolgt, so wären auch hier wieder eine Anzahl Menschenleben zu beklagen gewesen. Wie oder wodurch die Explosion hervorgerufen wurde, steht noch nicht fest, wie hoffen, daß die eingelöste Untersuchung Klärheit schaffen wird. Wir wollen also vorerst das Ergebnis der Untersuchung abwarten, nur soviel sei gesagt, daß nach unserer Ansicht nicht alle Vorsichtsmaßregeln beobachtet sein können, sonst wäre die Explosion wohl nicht möglich gewesen.

Muddergrube. Von Arbeitern wird über den Stelzer Viezen von Stettinbahn II gesagt, daß er oftmals Arbeiter von ihrer Arbeitsstelle weg und an eine andere Stelle verlegt. Dadurch wird den davor betroffenen Arbeitern aber ein materieller Schaden angestellt, indem sie an einer ihnen fremden Arbeitsstelle nicht so viel verdienen können, als an der altgewohnten Arbeitsstelle. Darum ist es begreiflich, daß sich die Arbeiter weigern, sich bald an die bald an eine andere Stelle verlegen zu lassen. Weigern sich die Arbeiter aber, sich in der Grube umherzugehen zu lassen, dann schickt sie Stelzer Viezen nach Hause. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß Steiger dieser dazu nicht berechtigt ist und ersuchen die Verwaltung um Abhilfe. Auch das Benehmen des Herrn Betriebsführers den Arbeitern gegenüber ist nicht einwandfrei. Wenigstens sollte man erwarten, daß ein Mann der doch jedenfalls darauf Anspruch erhebt, als gebildeter Mann zu gelten, sich nicht so beträgt, wie er es kürzlich in der Kantine II getan. Dort drohte der Herr, die ganze "Polentantine" auszurütteln, auch beleidigte er den Kantinenwirt Herrn Matzschel. Die Direktion durfte gut tun, beim Herrn Betriebsführer eventuell eine Legion darüber zu erstellen, was sich für einen Betriebsführer schickt. Die Arbeiter schließen sich aber am besten vor inhumaner Behandlung und können am besten die Missstände beseitigen, wenn sie sich dem Verbande anschließen.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Kippe

Altkaliwerk Monnenberg. Nach den Auslassungen mehrerer Beamten soll die Verwaltung dieses Werkes mit der Absicht schwanger gehen, die ganze Belegschaft von Grund aus zu erneuern, um dadurch die organisierten Kumpels los zu werden. Und wir müssen gestehen, daß das ein ganz genialer Gedanke ist. Wir erlauben uns daher, der Verwaltung folgenden Vorschlag ganz gehorsamst zu unterbreiten: Sämtliche eingeborenen Arbeiter werden entlassen und an deren Stelle werden Bulukassern und chinesische Kulis herbeigeschafft und in die Grube geschickt. Diese sind vorläufig für die Organisation nicht zu gewinnen, sind genügsam und arbeiten wie die Pferde, besitzen also alle Tugenden, welche die Unternehmer bei den Arbeitern wünschen. Diesen Vorschlag möchten wir übrigens allen Unternehmern machen, denen die organisierten Arbeiter unbehaglich sind. Was könnte nicht für eine Summe an Löhnen gespart werden, die jetzt den „begehrlichen“ deutschen Arbeitern in den Hals geworfen werden müßt, die damit doch nichts anzufangen verstehen? Die ersparten Summen könnten unseretwegen ja benutzt werden, die Unternehmer samt ihren Beamten jedes Jahr eine Ferienreise nach Batavia machen zu lassen, um dort Fischen zu fangen. Und die arbeitslos gewordenen deutschen Arbeiter? Ja, darum braucht sich keiner graue Haare machen zu lassen, die gehen einfach nach den Dernburg'schen Dattelwälzern im Südwestafrika. Wir ersuchen, unseren Vorschlag zu prüfen und falls er akzeptiert werden sollte, uns schon im Hinblick auf die künftigen Gewinne ein kleines Honorar zuzommen zu lassen. — Aber solange dieser Idealtraum aller Schatzmacher nicht erfüllt ist, müssen wir uns aussöhnen, daß die Sitten und Gebräuche zivilisierter Völker gewahrt werden. Dem entspricht aber nicht, wenn man den Arbeiterausschuß, wenn er die Wünsche der Belegschaft vertritt, aufs Straßenpflaster wirft. Es scheint auch, als wenn sich die Unternehmer hier im Hannöverschen ihre Kollegen im Ruhrgebiet zum Muster genommen hätten inbetreff Verhängung der Sperrre. Das müssen wir wenigstens daraus schließen, daß man Arbeiter, welche von den Monnenberger Altkaliwerken abgelehnt waren und schon eine Schicht auf Dänisch-Giesserberg gearbeitet hatten, unter Auszahlung von sechs Schichtlöhnen wieder entließ. Das scheint Geld genug vorhanden zu sein, wenn aber die Arbeiter Aufsichtserregung der Löhne fordern, dann sperrt man sie aus. Die Arbeitern verlangen übrigens gar keinen Lohn für nicht geleistete Arbeit und darüber rechnen sie vorteilhaft von gewissen anderen Leuten ab. Aber für ihre Arbeit wollen sie anständig bezahlt werden, und da dazu die Unternehmer gütwillig nicht zu bewegen sind, muß und wird es durch die Organisation gekämpft werden, dagegen hilft kein masregeln und sonstiges schikanieren der Arbeiter.

Königreich Sachsen.

Wilhelmschacht-Borna. Der vorjährige Streik hat den Profitäer Besitzer dieser Grube arg geschmälert. Um sich nun in Zukunft vor ähnlichen Katastrophen sicher zu stellen, ohne die Forderungen der Arbeiter bewilligen zu müssen, ist die Verwaltung auf ein anderes Mittel verfallen, die Gratifikationen zu erhöhen. Diese sollen in Zukunft nachfolgender Skala gezahlt werden: Am 2. September jeden Jahres sollen gezahlt werden: An alle über 20 Jahre alten Arbeiter bei einem Dienstalter von mindestens 2 Jahren 25 Mk., bei einem Dienstalter von 3 Jahren 35 Mk., 4 Jahren 50 Mk., 5—10 Jahren 60 Mk., 11 und mehr Jahren 75 Mk. Nun sage doch einer, daß unsere Unternehmer nicht schlau sind. Denn, so kalkulieren sie, wenn die Arbeiter streiken, unterbrechen sie die Dienstzeit und haben kein Recht mehr auf die Gratifikation. Das wird den Arbeitern selbstverständlich auch vollkommen einleuchten; sie werden sich daher alle Schikanen der Unternehmer rüdig gefallen lassen, mit den niedrigsten Löhnen vorlieb nehmen und das ganze Jahr geduldig hingen, um sich in jedem Jahre einmal am 2. September herzt essen zu können. O, du heilige Einsam! Wenn die Herren wirklich glauben, daß sie damit Streiks verhüten können, dann sind sie schief gewickelt. Die Arbeiter pfeifen auf die Gratifikationen, wenn sie deswegen das ganze Jahr darben sollen. Hätten denn die Arbeiter für so dumm, daß man glaubt sie mügeln nicht, daß ihnen die Gratifikationen im Laufe des Jahres doch vom Lohn abgezweigt werden? Oder glaubt man etwa, die Arbeiter dächten, daß die Gratifikationen von den Herren Unternehmern auf Capri oder in Ostende beim Krebsfang verdient würden? Nein, ihr Herren! Die Arbeiter wissen ganz genau, daß auch jene Einheiten ihr in Gold umgenünzter Schweiß sind. Darum zahlt den Arbeitern nur anständige Löhne und behandelt sie anständig, schafft die Missstände auf den Gruben ab, sonst unter die Arbeiter leiden, auf eure Wohltaten verzichten sie gerne. Die Beschenke und Wohltaten der Unternehmer haben für die Arbeiter in der Regel einen sehr zweifelhaften Wert, es sind meist Dangergeschenke im wahrsten Sinne. Zunächst mögten die Arbeiter schon froh, wenn die Verwaltung dafür sorgen würde, daß die Materialien, so besonders Säcke und Schienen, an Ort und Stelle geliefert würden, damit sie nicht stundenlang die Arbeit versäumen müßten, um es herbeizuschleppen. Ferner möglichen die Arbeiter eine anderweitige Einteilung der Arbeitszeit, damit sie auch einige Stunden des Tages sich im Kreise der Familien erholen können und nicht gezwungen sind, den ganzen Tag auf der Grube zu arbeiten. Dann mag verlangt werden, daß regelmäßig Trinkwasser in die Grube gebracht wird. Dass sich die Wassersäcke oben am Tage unterhalten, kann den Arbeitern nichts nützen und stellt nicht deren Durst. Wir könnten die Lette über Missstände noch bedeutend verlängern, woller jedoch für diesmal davon absehen; erwarten aber von der Verwaltung

Übertragung und Auslösung

Hermannshacht (Hetzig v. Mef.). Auf diesem Schacht v. zunglücklichem 28. März 1907 der Hauer August Zettler schwer. Durch herabfallendes Gestein wurde der Kompressor verschüttet und konnte erst nach ein bis zwei Stunden aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Da die dabei erlittenen Verlegungen schwerer Natur waren, musste der Kamerad vom Arbeitsort bis zum Schacht gefahren werden. Da die Wohlhaberseinrichtungen auf dem Herzoglich von Pleßschen Werken über den grünen See gelöst werden, sollte man erwarten, daß wenigstens Tragbahnen in der Grube vorhanden sein würden, aber weit gesieht, der schwer verlegte Kamerad wurde in einem Förderwagen bis zum Schacht gefahren. Was der Kamerad dabei gelitten hat, kann sich jeder vorstellen. Ferner wird auf denselben Werk über die Zustände in bezug auf die

gar keine Alibis an der betreffenden Stelle zu finden ist. Es wäre daher Zeit, daß sich die Grubenverwaltung mehr um die Mißstände bekümmert. Bis jetzt hat sie ihr Hauptaugenmerk darauf gelegt, daß in jedem Winkel Reichstreue Vereine ins Leben gerufen werden. Die Einladungen zu diesen Reichstreuen Versammlungen werden durch den Markenkontrolleur den Bergarbeitern übermittelt. Die Einladung zu den Versammlungen beginnt immer mit: "Sehr geehrter Herr Kamerad!" In der Grub dagegen kann der "sehr geehrte Herr Kamerad" bei der geringste Kleinigkeit die größten Schimpfwörter an den Kopf geworfen bekommen. Sollen solche Mißstände verschwinden, so bedarf es vor allem einer starken Organisation, aber nicht eines Streikbrecherverbundes wie der Reichstreuen Vereine welche sind. Schließt euch zum Bergarbeiterverband an. Dieser hat schon viel Mißstände durch seine schmunzige Kritik beseitigt.

Süddeutschland und Reichslande

Grube Dentsch (Bochumer Verein). Hier hat man — jedenfalls zur Förderung des guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer — ein neues „Wichtsystem“ entdeckt und durch Anschlag die Kenntnis der Gesellschaft gebracht. Demnach soll das „Wichtsen“ für Zukunft nach folgendem Schema besorgt werden. Von 100 bis 300 kg gewichtet, pro Kilogramm einen halben Pfennig Strafe; von 300 bis 600 Kilogramm gewichtet, pro Kilogramm 8 Pf. Strafe; von 600 bis 800 Kilogramm gewichtet, pro Kilogramm 5 Pf. Strafe und von über 800 Kilogramm gewichtet, kommen für jedes Kilogramm 10 Pf. Strafe in Abzug. Donnerklapsel, bei der „Wichterei“ könnte es einem ja ganz „wildseich“ werden! Wir sind aber auch der Meinung, daß dies System unmöglich durchgeführt werden kann. Denn es ist keine Seltenheit, daß über 800 Kilogramm „gewichtet“ werden und dann müßten die betreffenden Arbeiter noch Geld mit zur Grube bringen. Erst kürzlich wurden einem Arbeiter 780 Kilogramm „gewichtet“, dieser hätte nach obenstehender Berechnung dann 25,50 Mk., also den Lohn für fünf Schichten als Strafe zu zahlen. Das überschreitet unseres Erachtens doch die Grenzen des Erlaubten und muß böses Blut unter den Arbeitern machen. Die Arbeiter mögen aber daraus wieder ersehen, daß sie ohne Organisation dem Unternehmertum wehrlos ausgeliefert sind, darum hinein in den Verband!

Rheinische Stahlwerke, Neusbrunnen I. Obgleich sich die "Bergarbeiter-Zeitung" bisher mit diesem Stollen noch nicht beschäftigte, so darf doch nicht angenommen werden, daß hier keine Missstände existierten. Im Gegenteil, daran ist durchaus kein Mangel. Wir gestatte uns daher, hier nur einige herauszugreifen und der Verwaltung darunterbreiten mit dem Ersuchen, für baldige Abstellung derselben Sorge zu tragen. Zunächst sei auf den Schmutz im Stollen hingewiesen, durch den die Arbeiter oft nicht hindurchzukommen wissen. Ganz besonder wird aber von den Arbeitern über das hier herrschende "Widessystem" geklagt. Es wird behauptet, daß auch Wagen "gewichst" würden, da keine Steine enthielten. Ebenfalls soll häufig Holzmangel herrschen, sodaß die Kameraden, wollen sie überhaupt etwas verdienen, oft unter Lebensgefahr arbeiten müssen. Auch in punkto Behandlung der Arbeiter durch die Beamten soll manches zu wünschen übrig bleiben. So wird besonder über den Steiger Puttenberg geklagt, der kürzlich sogar eine Fördermann-Schläge anbot. Wir möchten den betreffenden Herrn darinnern, daß man mit Schlägen den besten Freund erzürnen kann und dadurch das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und -nehmer nicht gefördert wird. Nebrigens ist die Sache auch nicht ganz ungünstig, denn alle Arbeiter haben für eine solche Methode kein Verständnis.

Berichtigung.

Die Grubendirektion des Eisenbergwerks U m e z , ersucht um unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgende Berichtigung, der in Nr. 13 der "Bergarbeiter-Zeitung", unter der Überschrift Hütte Friede (Aumeg) enthaltenen Notiz: "Es ist nicht wahr, daß das Gedinge auf verschiedenen Abbaustrecken am 1. März 1900 willkürlich herabgesetzt worden sei. Das Gedinge ist vielmehr im allgemeinen das frühere geblieben, nur an einzelnen Abbaustrecken wurde da die Arbeitsverhältnisse sich an den betreffenden Punkten verbessert hatten, das Gedinge in der Weise kalkuliert, daß es mit dem Verdienst der an anderen Punkten arbeitenden Bergleute auf gleicher Stufe blieb. In der östlichen Abbaustrecke 8 betrug trotzdem im März der Durchschnitts-Steinverdienst eines Hauers für die achtstündige Schicht 7,70 M. und in der östlichen Abbaustrecke 2: 8,07 M. Es ist ferner nicht wahr, daß im Februar für kleine Wagen 1200 bis 1800 kg. gutgeschrieben worden seien, während jetzt für große Wagen nur 1100—1200 kg. vergütet würden. In Wahrheit hat das Durchschnittsgewicht der kleinen Wagen im Februar 1177, im März 1158, daß der große Wagen im März 1457 Kilogramm betragen. Sollte unter den im März verfügbaren 43 928 Wagen ein Wagen mit 1100 Kilogramm gewesen sein, so war dieser eben schlecht beladen, da die Wage durchaus sicher funktioniert. Diese ist eine automatische Wage, welche die Wiegekarte selbst mitdrückt. Die Wiegekarte wird mit dem Nummernschild des betreffenden Arbeiters an seinem Nummernstift aufgehängt und der Arbeiter tags darauf ausgehändigt, so daß er jederzeit in der Lage ist jeden einzelnen Wagen zu kontrollieren. Hierbei ist jeglicher Fertun oder Betrug ausgeschlossen. Es ist gleichfalls nicht wahr, daß irgend ein Arbeiter sich wegen der Vermietung beschwert hat, das ist weder bei dem Steiger, noch beim Betriebsführer, noch beim Arbeiterausschuß geschehen. Es ist sodann ebenfalls nicht wahr, daß Entlassungen wegen solcher Beschwerden vorgenommen sind. Grubendirektion des Eisenbergwerks Aumeg. K l o s ." (Wir ersuchen unsern Gewährsmann sich an dieser Berichtigung zu äußern. D. Red.)

Rufruf

an die Arbeiterschaft Deutschlands.

Der Kampf der Schauerleute gegen die Hamburger Hafenprochen dauert unverändert fort! Die an Größenwahn leidenden Herren im Hamburger Hafen haben die Einigungsversuche der Schauerleute bißk zurückgewiesen, sie wollen also eine bedingungslose Unterwerfung! Am 9. d. M. hat auf Veranlassung der Organisation eine Sitzung mit den Unternehmern stattgefunden, in der die Unternehmer folgende Bedingungen für die Aufhebung der Aussperrung stellten: Die Streikbrecher werden soweit wie möglich in Hamburg behalten; die Schauerleute verpflichten sich, mit den Streikbrechern zusammen zu arbeiten, keine Warnung vor Zugang zu erlassen und die Zuziehenden nicht zu belästigen, jede Siedlung in der Annahme von Kontraktarbeitern (Streikbrecherkolonien, wie sie die Shipping-Federation in England schon seit Jahren besitzt), zu unterlassen. Dann sollte der alte Tarif und mit ihm die 36stündige Arbeitszeit wieder anerkannt werden. Die Schauerleute haben in einer Versammlung die Bedingungen, so wenig befriedigend sie sind im allgemeinen angenommen, nur haben sie verlangt, daß die Streikbrecher möglichst schnell, die Ausländer bis spätestens 14 Tage nach Aufhebung der Aussperrung abgeschoben sein müßten. Sodann soll um die Einführung des Schichtwechsels zu beschleunigen oder zu garantieren, für Nachtarbeit pro Stunde 1 Mk. bezahlt werden. (Dieser Lohnsatz soll nach Angabe der Unternehmer bezahlt werden falls der Schichtwechsel eingeführt wird.) Diese gewiss heitende

Bündne sind von den Unternehmern als undisziplinierbar bezeichnet und rüdweg abgelehnt! Eine Begründung anzuführen hielten sie für überflüssig, da die Arbeiter einfach zu gehorchen, nicht aber zu fordern haben. Der Kampf wird also fortgesetzt werden müssen, weil es die Hasenprokter so wollen und wenn der ganze Handel Hamburgs darüber zu Grunde geht. — Die Unternehmer werden nun mit größerer Energie versuchen, in Deutschland Streikbrecher zu werben, sie beabsichtigen die tüchtigsten herauszusuchen und auf den Streikbrecherkolonnen einzuberleiben. Wir erjuchen deshalb um möglichste Unterstützung bei der Zurückhaltung des Streikbrecher! Wir erklären uns zu jeder Auskunft und Unterstützung gerne bereit und bitten wir mehr wie das bisher geschehen für die Fernhaltung des Zuganges zu sorgen.

er! Kameraden! Bedenkt, daß wir gezwungen sind, ein

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtshauptbezirk Dortmund.

Borckum. Der "Bergknappe" wird bekanntlich nicht müde, immer und immer wieder den Gewerksverein als den "starken Mann" hinzustellen, der überall, wo er auftritt, glänzende Erfolge erzielt, während der Verband nichts, aber auch rein garnichts an Erfolgen aufzuweisen hat. Dieses eitle Prahlen ist zwar ungemein lächerlich und beweist, daß der "Bergknappe" seine Leseze recht niedrig einschätzt, wenn er glaubt, mit solchen schulerlichen ihnen blauen Dünft vormachen zu können, über die Macht des "gewaltig starken" Gewerksvereins. In seiner Nr. 12 leistete er sich gelegentlich der Besprechung unserer Jahresabrechnung folgenden Satz: „Ebenso interessant wäre auch die Mitteilung gewesen, daß der leistungsfähige Verband alle Streiks mit einer Niederlage beendete, während der Gewerksverein fast überall nennenswerte Erfolge erzielte.“ Wie sehr der "Bergknappe" hier wieder gelogen, beweisen die Jahrsberichte der damals vom Strell betroffenen Werke. So führt zum Beispiel die Verwaltung des Braunkohlenbauvereins zum Fortschritt in Meuseflex in ihrem Geschäftsbericht über das Jahr 1908 aus:

„Das Verichtsjahr hatte unter mannigfachen Betriebsstörungen zu leiden. Besonders hart wurden wir durch den im Frühjahr 1906 ausgebrochenen, neun Wochen dauernden Bergarbeiterstreik betroffen, an dem sich von unseren unterirdischen Bergarbeitern 90 Prozent beteiligten. Nach Beendigung des Streiks, den Arbeitswilligen schon während seiner Dauer, wurde sämtlichen Arbeitern eine Lohnzulage von 20 Prozent für die Schicht gewährt; weiter wurde vom 1. August 1906 ab für die gesamte Kohlenförderung die neunstündige Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt eingeführt.“

Hier wird also von den Unternehmern jedes Einzugsgebietes gegenwartig, daß die Arbeiter durch den Streik eine Lohnherabsetzung von 20 Prozent, sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit von täglich einer Stunde erzwungen! Wenn das kein Erfolg ist, dann wissen wir nicht, was man Erfolge neunen soll! Mag doch der „Bergknappe“ mal solche oder auch nur ähnliche Erfolge aufweisen, die der Gewerksverein aus eigener Kraft erstritten hat, wo er in Aktion getreten ist. Dazu macht er aber nicht den geringsten Versuch, er glaubt anscheinend, seine Mitglieder wären dummi genug, seinen oben Prahlereien blindlings zu glauben. Kein vernünftiger Mensch wird einer Organisation einen Vorwurf machen, wenn die Verhältnisse stärker sind als die Menschen und wenn ein Kampf ergebnislos abgebrochen werden muß. Über die Art und Weise, wie der „Bergknappe“ dem Verbande Niederlagen antritt und sich selbst Erfolge an diektet, ist bezüglichend für die unehrliche Kämpfesweise des „Bergknappen“. Tropfend bringt es dieser fertig, in der letzten Nummer von der Unehrlichkeit der Verbundesleitung zu faseln. Das nehmen wir allerdings garnicht so tragisch, denn Leute, die an so chronischer Prahlsucht leiden, wie wir es wiederholt beim „Bergknappen“ festgestellt haben, nimmt man nicht ernst. Wie denken bei solchen Unlässen immer an die Worte Knigges: „So lange ein Individuum nicht völlig reif zum Einsperren ist, lasse man es frei umherlaufen; die Erde ist ja groß, doch ganz gut eine Menge Martern darauf Platz haben.“

Bredenscheid. Vor kurzem haben wir an dieser Stelle berichtet, daß auch die Zahlstelle Bredenscheid ein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen gefunden habe. Diese Freude sollten die Kameraden jedoch nicht lange haben; dafür hat, wie der betreffende Wirt erklärt, die Polizei gesorgt. Nachdem in dem Lokal zweimal eine Versammlung stattgefunden, hat der Wirt sein Lokal zurück zogen, unter der Motivierung, daß ihm bei jeder Kleinigkeit die Polizei auf den Hals käme. Eigenartig scheint uns doch der Mut des Wirtes zu sein. Vor kurzem sagte der Wirt noch, man könnte machen, was man wolle, er ließe die Zahlstelle nicht gehen. Vielleicht tragen die Mitglieder der Zahlstelle einen Teil Schuld mit an dem Unfall des Wirtes, indem in der letzten Zahlstellenversammlung nur ein paar Männer erschienen waren. Hauptsächlich zieht hieraus die Bergarbeiterchaft von Bredenscheid ihre Lehren und legt sich die Frage vor, ob sie diejenigen Wirte noch unterstützt, welche ihre Lokale nicht zur Besprechung ihrer Lage zur Verfügung stellen; dann werden die Wirte bald erfahren, daß sie nicht von den paar Groschen, die die Polizeiorgane verzehren, leben können und für die Zukunft ein stärkeres Glückrat allen Feinden der Arbeiterschaft gegenüber zeigen. In der Arbeiterschaft liegt es nun, durch ihr geschlossenes Zusammenhalten zu zeigen, daß sie nicht gewillt sind, ohne zu protestieren, sich stets den Stuhl vor die Türe setzen zu lassen. Dieses Vorgehen der Arbeitersünde muß die Kameraden doppelt zur fleißigen Hausagitation

Krah. Die angesehnte Sprengelversammlung kann am nächsten Sonntag (21) nicht stattfinden. Dieselbe findet aber am 28. April statt. In dieser Versammlung wird Vorstandsvorsteher Möbius über „die letzten Maßnahmen im Allgemeinen Augenärztausschusse“ sprechen.

Aenfort v. Gladbeck. Wie überall, so sehen auch hier die Wirts
recht gerne, wenn die Arbeiter möglichst viel Geld bei ihnen verzehren.
Aber wenn diese Arbeiter einmal ihre Lokalitäten zur Beratung ihrer
Interessen benutzen wollen, dann sträuben sich diese mutigen Wirts mit
Händen und Beinen dagegen. Wenn möglichen Altimann widnen da-
g gen diese Herren die größte Aufmerksamkeit. Als wir versuchten, bei
Dahlmann ein Zimmer für die Voranahme der Delegiertenwahl zu er-
halten, wurden wir von demselben nicht einmal angehört, wiewohl die
Verbandsmitglieder hauptsächlich bei ihm verkehrten. Diesem Zustande
muß denn doch endlich bei uns ein Ende gemacht werden. Wir sind
doch der Meinung, daß man dort nicht gemütlich sitzt, wo man uns nicht
gerne sieht. Wenn Herr Dahlmann glaubt, uns nicht notwendig zu haben,
so ist das seine Sache; er mag aber bedenken, daß wir auch ohne ihn fertig
werden. Als Grund der Verweigerung wird von allen Wirts die Furcht
vor den Schikanen der Polizei angegeben. Wenn aber die hiesigen Wirts die
Polizei so verwöhnt haben, so sind auch nicht wert, anders behaendet
zu werden. Wir werden uns in der nächsten Kartellsitzung eingehender

Sölde. Hier in unserem Orte ist es uns bisher nicht möglich, ein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen zu bekommen. Die Wirtse, welche Säle haben, lassen dieselben lieber leer stehen, als sie den organisierten Arbeitern zu Versammlungszwecken zu überlassen. Das das noch hier, wo doch die Arbeiterbewegung sich so gut ausgedehnt hat, möglich ist, ist weniger Schuld der Wirtse, als der Arbeiter selbst, die daraus nicht die Konsequenzen ziehen. Ein großer Teil unserer Kameraden beteiligt sich noch an allerhand Klubblim und füllt damit die Portemonnaies der Wirtse. Aber so lange die Arbeiter das tun, werden sich auch die Wirtse weigern, ihnen ihre Lokale zu Versammlungszwecken zur Verfügung zu stellen. Man sollte doch glauben, daß die Arbeiter den Schimpf empfinden, der ihnen dadurch angetan wird, daß die Herren Wirtse ihnen die Lokale sperren. Alles schließt sich heute zusammen — auch die Wirtse —, um seine Standes- oder Klasseninteressen besser wahrnehmen zu können. Und dazu haben doch die Arbeiter ganz besonders Ursache. Das ist nach dem Geseze ja auch durchaus erlaubt; und da glauben die Herren Wirtse den Arbeitern hinderlich sein zu dürfen, indem sie diesen ihre Säle zur Abhaltung von Versammlungen verweigern! Gewiß ist jeder Herr seines Eigentums und er kann damit tun und treiben was er will. Aber bei Geschäftleuten, die vom Publikum abhängig sind, muß man erwarten, daß sie auf dieses auch Rücksicht nehmen. Was würden denn die Wirtse in Sölde wohl auffangen, wenn sämtliche Arbeiter ihre Lokale meiden würden? Darüber wird sich der größte Teil derselben doch wohl klar sein, daß das ihr wirtschaftlicher Ruin wäre. Können die Wirtse aber ohne die Arbeiter nicht existieren, dann ist es doch unverständlich, daß sie den Arbeitern hinderlich sind bei dem Bestreben, ihre Lage zu verbessern. Aber noch unverständlicher ist, daß Arbeiter trotzdem bei solchen Wirtsen verkehren. Es liegt einzig und allein an den Arbeitern selbst, wenn heutigen Tages die Wirtse gegen die Bestrebungen der Arbeiter sich noch ein Vorurteil erlauben dürfen. Wir hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen, die Arbeiter zu veranlassen, mal etwas über diese Sache nachzudenken; und das dürfte sie veranlassen, sich die Achtung, auf die sie als Arbeiter Anspruch erheben dürfen und müssen, zu erzwingen.

Oberbürgeramtsbezirk Bonn.

Eschweiler (Wurmgebiet). Am Ostermontag tagte hier im Lokale des Herrn H e n n e n a n n eine von 65 Delegierten besuchte Konferenz unseres Verbandes für das Wurm und E schweiler Revier. Der Vorstand war durch den Kameraden L. Schröder vertreten. Kamerad Schlösser erstattete zunächst Bericht über die Entwicklung des Verbandes im Bezirk und wies auf Grund der Abrechnung nach, daß der Verband im bisherigen Maße sich im Jahre 1903 günstig entwickelt hat. Besonders

hob er als Beweis der guten Entwicklung des Verbandes hervor, daß die Monatsbeimühungen am Schluß des Jahres 1906 doppelt so hoch seien, als am Anfang desselben Jahres. Kamerad Schröder erkannte zwar an, daß der Verband, besonders wenn man alle Nebenverhältnisse in betracht zieht (Sackabtriebserfolg usw.), immerhin einen guten Fortschritt zu verzeichnen hätte, doch hätte derselbe ungleich größer sein können, wenn sämtliche Kameraden sich mehr an der Agitation für den Verband beteiligt hätten. Kamerad Schröder ermunterte die Kameraden, in der Agitation nicht zu erlahmen, sondern im neuen Jahre noch steigernd zu agitieren für den Verband, dann würde auch der Erfolg nicht ausbleiben. Dann entspann sich eine lebhafte Diskussion über die Aufgaben unserer nächsten Generalversammlung und der zu dieser gestellten Anträge. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

"Die am 31. März im Lokale des Herrn Hennemann zu Eichweller tagende Delegiertenkonferenz für das Würzburger und Eichweller Revier steht auf dem Standpunkt, daß die jetzigen Leistungen des Verbandes den gegenwärtigen Bergbaubetrieb entsprechen und daß mit Rücksicht hierauf an eine Mehrleistung des Verbandes an Unterstützungen nichts zu denken ist. Da der Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern sich immer mehr aufzuheben, die Arbeiter aber auf die Selbsthilfe angewiesen sind, so ist die finanzielle Kräftigung des Verbandes durchaus notwendig. Die Konferenz erkennt daher die Notwendigkeit einer Betragserhöhung an, aber mit Rücksicht darauf, daß die Organisation im heiligen Revier noch jung, die Agitation unter den hiesigen Verhältnissen ungemein schwierig ist, erachtet die Konferenz, daß es auch bei den jetzigen Unterstützungen genügen zu lassen." Dann wurde noch die gegenwärtige Lage des Bergbaues besprochen, wobei besonders hervorgehoben wurde, daß die Leistung der Arbeiter im Vergleich zum Vorjahr sich bedeutend erhöht hätte. Das wäre wohl zum Teil auf die vielen Überstunden zurückzuführen, welche von den Arbeitern verfahren wurden. Dadurch verdienten die Arbeiter zwar einige Mark mehr, aber es wurde nicht daran gedacht, daß die Gesundheit der Arbeiter darunter leiden müsse und fiktives Recht die Folge sei. Mit der Meinung, für möglichste Verkürzung der Überstunden einzutreten, dagegen kräftig für den Verband zu agitieren, um die Möglichkeit zu schaffen, auch ohne Überstunden einen anständigen Lohn zu verdienen, wurde die Konferenz geschlossen.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Lippe.

Gestorff. Die Belegschaft der Grube Preußische Elde in Eilenburg bei Pockau, legte kürzlich die Arbeit nieder, weil sie mit den verdienten Löhnen (2,90 Mk. pro Schicht) bei den teuren Lebensmittelpreisen nicht auskommen vermochte. In ihrer Bedrängnis wandten sie sich an das Gewerkschaftssekretariat in Minden mit der Bitte, für den Einfluß der Belegschaft auf den Verband zu sorgen zu wollen. Auf die Nachricht des Sekretariats begab sich unser Bezirksleiter an Ort und Stelle, um den Kameraden mit Rat und Tat zu bestreiten. Es wurde eine Versammlung abgehalten und wurde alsdann in derselben die Kameraden über Zweck und Nutzen der Organisation aufgeklärt, worauf sich ein Teil der Belegschaft sofort in den Verband aufnahm. Zu der Versammlung hatte sich auch der Fahlhauser Watermann eingefunden, diesem schien es nicht zu behagen, daß sich die Bergarbeiter der Organisation anschlossen. Jedemal war Herr Watermann von der Verwaltung der genannten Grube in die Versammlung geschickt worden, denn er erklärte — allstündig erst nach der Versammlung —: "Wir können keine höheren Löhne zahlen, sonst müssen wir den Betrieb schließen". Tatsächlich schien sich der Herr Fahlhauser mit der Verwaltung der Grube zu zählen, vielleicht betrachtet er sich auch als den Repräsentanten derselben. Die Arbeiter sind aber der Meinung, daß das Werk ganz gut höhere Löhne zahlen kann. Herr Watermann soll auch noch geäußert haben, wenn das nächste Mal wieder eine Versammlung stattfindet, würde er wieder erscheinen und den Referenten gehörig auf die Strümpfe bringen. Das kann ja schrecklich werden! Nun, wir werden ja sehen, ob Herr Watermann seine Drohung wahrnehmen wird. Wir treuen ihm soviel Courage garnicht zu, in der vorigen Versammlung hat er wenigstens nichts davon merken lassen. Die Kameraden ersuchen wir, sich nicht beirren zu lassen, sondern sich ja und sonders der Organisation anzuschließen, Herr Watermann wird sich mit der Zeit schon daran gewöhnen.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Gorges-Dogtei. Am 16. März fand hier eine gut besuchte öffentliche Bergarbeiterversammlung statt. Kamerad Giese in Sangerhausen sprach über das Thema: "Warum müssen wir uns organisieren?". Kamerad Graf schilderte in seinem Vortrage das Wesen der kapitalistischen Produktion und zeigte den Kameraden, daß ohne Organisation nichts zu erreichen sei. Im zweiten Teile seines Vortrages beleuchtete Mederer dann das Treiben der Feinde der Organisation; besonders rechnete er mit den Kriegervereinen ab, die sich auch berufen glaubten, die Organisation verachten zu helfen. Kamerad Graf schloß seinen interessanten Vortrag mit der Aufforderung an die anwesenden Kameraden, den Krieger- und Alimbunvereinen den Rücken zuzuwenden und kräftig mitzuwirken an Ausbau des Verbandes und damit an der Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter. Der Vortrag, welcher dem Kameraden gezeigt wurde beweist, daß sie mit seinen Aussführungen einverstanden waren. Jetzt heißt es für jeden Kameraden im Sinne derzeitlich tätig zu sein, dann wird die Versammlung auch Früchte tragen. Dann möchten wir die Kameraden aber noch daran erinnern, daß die Beiträge pünktlich gezahlt werden müssen. Wer mit seinen Beiträgen länger als zwei Monate im Rückstand bleibt, hat seine Rechte auf die Unterstützungsleistungen des Verbandes verloren, und kann sich unter Umständen dadurch schwer schädigen.

Oberbergamtbezirk Breslau.

Waldenburg. In der Zeit vom Sonntag, den 14. bis einschließlich Sonntag, den 28. April unternimmt Kamerad Johann Spaniol-Oberhäuser eine Agitationstour durch das Niederschlesische Revier. Wir machen an dieser Stelle auf die im Inneren dieser Nummer aufgeföhrten Versammlungen aufmerksam und erwarten, daß alle Mitglieder für zahlreichen Besuch derselben Sorge tragen.

Süddeutschland und Reichslande.

Gaufeld. Der "Bergknappe" läßt sich von hier berichten, daß der Knappenschaftsälteste und Arbeiterausschußmitglied K. die Tagesarbeiter dieses Werkes beschuldigt hätte, sie hätten ihm die Unterhose gestohlen. Der Erfolg dieser Denunziation sei für diese Arbeiter derart, daß sie das Bad und den Abort nicht mehr benutzen dürfen. Hierzu wird uns geschrieben, daß es dem Knappenschaftsältesten K. garnicht eingefallen ist, die Tagesarbeiter des Diebstahls zu bezichtigen. Tatsache sei, daß in letzter Zeit dort mehrfach Kleidungsstücke gestohlen worden seien, nicht nur die Unterhose des K. und um dem Unwohl zu steuern, hätte sich K. als Mitglied des Arbeiterausschusses verpflichtet gefühlt, Belehrreden bei der Verwaltung zu führen und zu verlangen, daß Vorfälle getroffen würden, daß keine Kleidungsstücke mehr gestohlen werden könnten. Über die Maßnahmen, welche die Verwaltung getroffen hat, um Diebstähle in Zukunft zu verhüten, hat der Kamerad K. nichts zu bestimmen. Lebriegen hätte es dem "christlichen" Berichterstatter bestätigt, wenn er bei der Wahrheit geblieben wäre, denn das Bad ist den Tagesarbeiten nicht verschlossen, nur ist der Ein- und Ausgang zu demselben auf bestimmte Tagesstunden beschränkt und das ist aus den oben angeführten Gründen notwendig. Der "Bergknappe" hätte freilich wissen können, daß ein Arbeiter, auch wenn er Mitglied des Arbeiterausschusses ist, im Grubenbetrieb blutwurstig zu sagen hat, ganz bestimmt aber nicht für Ausrungen verantwortlich gemacht worden kann, die von der Werksverwaltung getroffen werden. Das Recht wird der "Bergknappe" aber doch den Arbeitern zugestehen, daß sie von der Verwaltung verlangen, Maßnahmen gegen die Diebstähle zu treffen. Oder muß das unterbleiben, wenn es einem "Christen" nicht paßt?

Grubenunglücke.

Eßen. Auf der Zeche Huberti, der Gewerkschaft Königin Elisabeth wurden zwei Bergleute verschüttet. Einer ist tot, der andere leicht verlegt.

Auf Zeche Hannover I/II verunglückte am 5. April der Kamerad Heinrich Strube dadurch tödlich, daß ihm das Förderseil eines blinden Schachtes die vordere Hälfte des Kopfes wegriss. Über die Entstehungsursache wird uns mitgeteilt, daß St. an einem blinden Schachte als Abnehmer und Schlepper beschäftigt war. Am Unglücksstage hatte er einen leeren Förderwagen auf das Fördergestell gehoben und das Signal "Auf!" gegeben. Der oben beschäftigte Bremser zog jedoch das Fördergestell nicht an, mit dem beladenen Wagen dort voran. Dieser Zustand wußte der Bergungskräfte bemerkt, um Holz nach oben zu fördern.

Er gab das Signal „Halt!“ und als er sich am Fördergestell zu schaffen machte, um den leeren Wagen wieder abzuheben, wurde plötzlich das Fördergestell aufgezogen und das Unglück wäre geschehen. Wenn der Schuh an dem Unglück trifft, wird die Untersuchung ergeben. Der Bremser will das Signal „Halt!“ nicht gehört haben, sondern nur einen Schlag mit dem Signalhammer. Wie werden auf die Sache zurückkommen. Der Bergungskräfte war der Erzähler seiner Mutter.

Heringen. In dem Hallbergwerk Kaiseroda wurde durch einen vorzeitigen Sprengdruck ein Arbeiter getötet und drei schwer verletzt.

Kassel. Ein schweres Grubenunglück, bei dem vierzehn Bergleute teils schwer, teils leicht Verletzte davon getragen haben, hat sich auf dem neuen Hallbergwerk Neusleicherode bei Kassel (Kreis Worbis) ereignet. Neben das Unglück werden folgende Einzelheiten bekannt: Der aufgehende Förderkabel mit einer zwölf Zentner schweren Gebirge stützte oben auf der Höhe im Förderturn um und die Gebirgsmaßen stützten in den 80 Meter tiefen Schacht auf die unten arbeitende Drittmannschaft, bestehend aus 16 Mann, die mit Ausnahme von zwei Mann sämtlich verunglückt. Eine Bergleute sind lebensgefährlich verletzt. Die übrigen zwölf haben nur leichte Verletzungen davongetragen. Hätte sich der Kabel beim Umkippen nicht geklemmt, so wäre der ganze Inhalt in die Tiefe gegangen und das Unglück noch viel größer gewesen.

Steinrostfossen. Auf Schacht St. Josef wurde ein Maschinenwärter vom Förderer der Fördermaschine erfaßt und mehrere Male herumgeschleudert. Der Tod trat sofort ein.

Tiegen. Auf der Grube Wilder Mann bei Müsen ist ein Bergmann in einen 180 Meter tiefen Schacht gestürzt. Er ist tot.

Zobitz. Durch niedergehende Gebirgsmaßen ist am Donnerstag auf der Königlichen Aufzugsgrube der Bergarbeiter August Oltmanns aus hier betroffen. Die Rettungsarbeiten wurden folglich in Angriff genommen, leider wurde der Verunglückte nur als Leiche geborgen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Die Wirtschaftspresse verbreitet die Nachricht, daß zahlreiche Grubenverwaltungen des Reichs-Weisenfeld-Haunburger Braunkohlenreviers die Löhne der Bergarbeiter um 20 Pfsg. pro Schicht erhöht hätten, nachdem mit den Konsumenten höhere Preise vereinbart seien. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Werksbesitzer durch die Erhöhung der Löhne nunmehr das beim vorjährigen Streik aufgegebene diesbezügliche Versprechen eingelöst haben. Wir bemerken, daß aus einer generellen Lohnverhöhung auf den Gruben genannten Reviers nichts bekannt ist.

Rheinisches Braunkohlentreib. Auf dem Braunkohlenwerk Grumbach arbeiten im Abram etwa 150 katholische Kameraden. Wir haben schon des öfteren in unserer Zeitung die Arbeitsverhältnisse geschildert, so daß es sich erübrig, an dieser Stelle nochmals darauf zurückzukommen. Um die Arbeit mit dem Lohn einigermaßen in Einklang zu bringen, legten an 9. April sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Sie verlangten 5 Mark Mindesttagesschicht. Der Werksverwaltung war diese Forderung allerdings zu hoch, sie vertrat aber, die Löhne nunmehr das beim vorjährigen Streik aufgegebene diesbezügliche Versprechen eingelöst haben. Wir bemerken, daß aus einer generellen Lohnverhöhung auf den Gruben genannten Reviers nichts bekannt ist.

Bockwitz (Mr. Sachsen). Die Heizer und Maschinisten der Willy- und Emanuelgrube legten am Sonnabend den 18. April die Arbeit nieder. Dabei ist der Betrieb in den Werkstätten stillgelegt.

Neu-Straßfurt. Rista 300 Mann der Fabrik 4 des Salzbergwerks Neu-Straßfurt stehen im Ausstand. Sie verlangen u. a. Lohnerschöpfung. An dem Streik sind drei Verbände, der Bergarbeiter, der Fabrik-, Hand- und Hilfsarbeiter und der Maschinisten- und Heizer-Verband beteiligt.

Untermolsch (Sachsen-Altenburg). Die gesamte Belegschaft — bis auf fünf Arbeiter — der Grube 20 der Altenburger Kohlenwerke trat am 18. März in den Ausstand. Die Löhne waren fortgesetzte Mahregelungen von Kommissionssmitgliedern. Die Belegschaft glaubte zu diesen Abrechnungsmitteln greifen zu müssen, um der fortwährenden Beurteilung der Belegschaft durch Mindest- und Maximalregelung unliebsamer Kommissionssmitglieder der Verwaltung entgegenzutreten. Leider hat der Kampf nicht den erlöschlichen Erfolg gehabt. Außer den fünf Streikbrechern, welche an der Arbeit blieben, war es dem Werke gelungen, noch einige Arbeitswillige herbeizuführen, sodass der Kampf abgebrochen werden mußte. Aber ganz ergebnislos ist er für die Arbeiter doch nicht gewesen. Bei den Verhandlungen am 26. März über die Wiederaufnahme der Arbeit erklärte der Repräsentant der Grube, Herr Rechtsanwalt Kühne, daß keiner der Streikenden gemahrgeregt werden sollte; daraus乎 wurde seitens der Streikenden beschlossen, die Arbeit am 27. März wieder aufzunehmen. Auf jeden Fall werden die Herren doch die Lehre aus dem Streik ziehen, daß es doch nicht geraten ist, die Arbeit fortwährend zu reizen und dann ist der Zweck der Bewegung auch erfüllt.

Zeitz-Weisenfelder Revier. Die Arbeiter der Zeitzer Paraffin- und Solaroel AG. in Halle somit sie in der Paraffinfabrikation auf dem Werk in Zeitz beschäftigt sind, richteten an die Direktion eine Eingabe mit Aufbesserung der Löhne. Die Direktion kannte den Wunsch sofort nach, als sie sich erklärte, 80 Pfsg. pro Tausend der gesamten Produktion zu zahlen, sowie den bisherigen Abzug von 4 Prozent der Produktion als Bruch in Wegfall zu bringen. Zur näheren Aufklärung diene folgendes: Die Arbeiter in der Paraffinfabrik erhielten bisher Schichtlohn in Höhe von 2,50 Mk. pro Tag. Erreichte die Tagessproduktion jedoch eine gewisse Höhe, so wurde für die Leistung über den festgelegten Satz pro Tausend 90 bis 105 Pfsg. Aufzugsabzug geahnt. In den meisten Fällen trat dieses ein, wenn über 60 bis 7000 Steine gebracht wurden. Bis zu diesem Satz bekannten die Leute Schichtlohn, dann erhielt der Abzug zu einem Proz. Bruch, welche in Abrechnung gebracht wurden und die hauptsächlich den Witterungsverhältnissen zugeschrieben waren, beeinträchtigten ganz wesentlich die Lohnhöhe. Gegen den bisherigen Zustand ist ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen, auch ohne Streik. Es geht also auch so. Dahingegen brachen in der Woche vor Ostern auf zwei Gruben Differenzen aus. So fuhr auf der Grube Neu-Groben die Belegschaft einen Tag nicht an, auf Grube Leonhard blieb die Belegschaft nur wenige Stunden draußen. Die Ursachen waren aber so geringfügig und haftloser Natur, daß der Bezirksleiter unseres Verbandes die Aufsicht anordnete. Wir können solchen Schritt unseres Belegschaftsleiters nicht unterstützen.

Zwickauer Revier. Der Kampf auf den Wilhelmshäfen nimmt immer schärfer Formen an. Am Sonntag den 7. April fand eine Belegschaftsversammlung statt, in der sich so recht die Aufregung der Kameraden über das Gebaren der Grubenverwaltung, aufzerte. Und alles das, weil die Belegschaft sich nicht eine längere, als die bestehende Arbeitszeit aufzutragen scheint will, Erhaltung der Zehnstundenschicht! Sollte man solche Forderung für möglich halten! Man muß die Zwickauer Knappen sehen, wie sie leben, wie sie die überaus lange Arbeitszeit mitnehmen, und dann wird man begreifen, daß es höchste Zeit ist, ein solches Sklaventum abzuhütteln. Es gibt in diesem Revier noch Gruben, die zwölfstündig versahen lassen. Wollen wir Bergleute suchen zu dieser Arbeitszeit, dann müssen wir uns außerhalb der Kulturstadt begeben. Und wo zehnstündig angefahren wird, da mußt man den Bergarbeiter fortgesetzt überarbeiten zu. Es gibt Belege, wo von einer Zehnstundenschicht überhaupt keine Rede ist. Und trotz allerlei wissen die Bergarbeiter nicht, wie sie bei den niedrigen Löhnen durchzulegen sollen. Es gibt einen großen Teil Kameraden, denen bei solchen Zuständen die Willenskraft schon längst gebrochen ist. Sie sind zu elend. Dabet eine Gesetzgebung, die unerhört ist, die geradezu jedes Recht zur Abwehr aufhebt. Nirgends sein übermäßiges Unternehmens- und Beamtenamt. Was Bergleute in den Augen dieser Leute sind, zeigt sich in der Arbeiterbehandlung. Am Ruhbeden und anderswo sollten sich die Beamtten auch mit den zehn Prozenten teilen herausziehen, sie erhielten Dentzeile, daß sie die Wiederholung ihrer Rentabilität auf immer vergessen würden. Es scheint, als wäre in puncto Arbeiterbehandlung überhaupt jede Scham zu den Hunden gelassen. Nur wenige Beamtne gibt es, die sich zurückhaltend zeigen, aber sie haben weder den Mut noch die Kraft, es durchzusetzen. Die Zwickauer Gruben sind es jetzt, die ihre Arbeiter zum verzweifelten Handel treiben. Sie beantworteten das billige Verlangen ihrer Arbeiter in Mahregelungen. Eine von den Konsuln ist Familiensatz mit zehn Kindern. Es statuiert man Grenzen für die, die sich zu

müssen wagen. Nun verlangen die Kameraden die Aufnahme der Entlassungen. Die obzu erwähnte Versammlung war der Meinung, daß man schon im Interesse der gesamten Bergarbeiter im Revier alles tun müsse, um der standhaften Behandlung der Arbeitnehmer endlich ein Ende zu machen. Am Ende der Woche sah die Belegschaft den Beschluss, daß, wenn das angerufene Einigungsamt die Differenzen nicht beigelegt vermag, am Montag, den 16. April der Streik eintreten soll.

Letzte Nachrichten.

Die belgische Kammer nahm das Achtstundengesetz für die Bergarbeiter in zweiter Lesung an; das Kabinett demissionierte.

Briefkasten.

Antenberg I. Für solche Mitteilungen, welche doch ganz gut von den Zeitungsbüros besorgt werden können, kann der Raum unserer Zeitung nicht aufzufragen genommen werden. Das gilt übrigens noch für eine ganze Anzahl anderer Zeitungen. Wir haben doch zu bedenken, daß wir uns über Unterstützung an kann in unserer Zeitung durchaus nicht zu belägen haben. Wenn solche Sachen aufgenommen werden sollen, müssen andere und wichtigere zurückbleiben. Bei allem guten Willen ist es doch nicht möglich, allen Wünschen gerecht zu werden. "Gäbel nicht ein Tier zum Scherz!" — Kraft, Threna. Eingesandt aus verschiedenen Gründen zur Aufnahme nicht geeignet. — **Schonebeck.** Es kommt darauf an, ob die Gehrenverwaltung rechtzeitig eine Bekanntmachung erlassen hat, daß die Seefahrtzeit für den betreffenden Tag verlegt hat. Es heißt in der Arbeitsordnung: "Die Seefahrtzeit dauert in der Regel von da bis da, aber keine Regel ohne Ausnahme. War die Bekanntmachung rechtzeitig erfolgt, mußte der Betreffende zur angegebenen Zeit sich zur Aufsicht stellen. Wollte er dann nicht über Doppelschicht verfahren, konnte er verlangen hinausbefordert zu werden. Aus vorstehenden Gründen eignet sich das Eingefandene nicht zur Aufnahme.

Berg-Kottingen. Die "Saarpost" in Saarbrücken schreibt, daß Du in der Belegschaftsversammlung der Grube Hohingen Illfurth gefordert hast, daß sie die Uferstützung der Liberalen bei der Reichstagswahl und gleichzeitig hast Du mit der Grubenverwaltung einen Freundschaftsbund geschlossen. Die Grubenverwaltung will es mit Dir nicht verbergen, damit gemeinschaftlich der christliche Gewerbeverein Kapitulation macht. Das ist natürlich, ehe folgenden Schritte unternommen werden. — **Nach Neheimdorff.** Der eingefandene Bericht über den von D. ... gehaltenen Vortrag "Der Wert des Massenstreits" ist nicht verwendbar. Das Uferstützenwesen wird in unserem Blatte sofort gegegeben, wenn das bei den dortigen Kameraden nicht hilft, dann wird es auch nichts helfen, wenn das Uferstützenwesen auf den beiden Seiten noch besonders kritisirt wird. — **Argostorf.** Wenn sich die Sache so verhält, wie uns geschildert — und wir haben keine Erfahrung —, dann bringt dem Wirt die Zeitung doch nicht. So gern wir lehnen, daß die "Bergarbeiter-Ztg." in möglichst vielen Wirtschaften auflese, so reizen wir sie nicht doch sehr. Wenn sie ein Wirt abbestellt, bestreitet sie die Belegschaft. — **Neckar.** Gegen den eingesandten Bericht über den Belegschaftsversammlung der Grube Hohingen Illfurth ist nichts zu verhindern. — **Wittenberg.** Es kommt nach hier kommt, lasst Dir doch einen Groschen für Tinte oder ein flüssiges Tinte geben, damit Du nicht immer mit Bleistift schreiben musst. — **Kleinhildebrand.** Zur Aufnahme nicht geeignet. Wir können uns doch in unserem Blatte nicht auch mit "christlichen" Gebammern herumzankeln. Mit Damen, welche das Handwerk betreiben, haben wir sowieso nicht gern etwas zu tun. — **W. B. Zobitz Süd.** Unter den Umständen wollen wir doch lieber auf die Veröffentlichung verzichten. Das die von Dir mitgeteilten Tatsachen wirklich vorkommen sind und das die Erhebungen auch zu dem von Dir mitgeteilten Zweck gemacht wurden, wird schon keine Möglichkeit haben, aber wir möchten es nicht beweisen können. — **Bonnern.** Gewiß werden auch für uns Mitglieder entsprechende Aktionen in unserem Reichsschulbüro und den Arbeitssekretariaten ausgeführt. — **Pflegeheim Werne.** Zur Aufnahme im Verbandsorgan nicht geeignet. Das ist Sache der Tagespresse, aber nicht eines Fachorgans. — **Z. W. Leithe.** Ihre Beschreibung Oberfrankens mag ja recht interessant sein, aber wir können nichts damit anfangen. Aufnahme kann das Eingefandene nicht finden. Wenn Sie darauf Wert legen, daß Ihre schriftstellerischen Arbeiten aufgenommen werden sollen, müssen Sie mit Tinte schreiben, auch darf das Papier nur auf einer Seite beschrieben werden. Über vier große Bogen, auf allen Seiten mit Bleistift beschrieben, das ist ja einfach schrecklich! Ihr Angebot, uns durch Oberstaaten als Führer zu dienen, kann nicht akzeptiert werden. Denn erstens fehlt uns die nötige Zeit zu der Spritze (und auch das nötige Geld), dann befürchten wir aber auch, mit der "schlagfertigen" Großmagd, die Ihnen so übergeplättet hat, aufzunehmen zu geraten und dazu verspielen wir durchaus keine Lust. Besten Glück R. W.

Verbandsnachrichten.

Achtung, Generalversammlung betreffend!

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Brandis, Sonntag, jeden Sonnabend nach dem 15. des Monats, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Krebs.
Wörth, jeden Sonntag nach dem Nachmittag, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Treiber, Jahnstr. der Brüderstraße.

Sonntag, den 21. April 1907:

Buchum I (Wiemelshausen). Nachmittags 5 Uhr, im Konferenzzimmer des Bergarbeitervereins, Wiederaufbauschule.
Buchum II (Altehof). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schäffer, Wiederaufbauschule und Magazin. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wellerhoff, in Grundlage: Gewerkschaftliche Versammlung. — Vortrag: Beschlussfassung über ein zu leidende Gewerkschaftsdeutlichkeit — Referent zur Stelle.
Gomberg, Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn G. Schulze, früher Koch, Vortrag des Kam. Arnold, Buchum, über: „Unsicherheit.“

Jeden Sonntag im Monat:

Bergneukirch. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Schönig.
Werdenbergs. Nachmittags 4 Uhr, im Gesellenstube.
Ermelitz. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zur Woge“.
Dernau. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Beckius in Altenberne.
Vorburg des Kam. Krebs, Buchum, über: „Capital und Arbeit.“
Gefrees. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Wittelsbach“. Gefreesenhausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Käpke, Wiederaufbauschule.
Giersleben-Altehof. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn W. Kaiserschmidt.
Großschönhausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn N. Schneeborg.
Habichtswald. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte-Derne.
Vortrag des Kam. Hermes über: „Die Ursachen der Massenunruhen im Bergbau.“ Holzhausen bei Wanne. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Bergmann.
Holzhausen bei Wanne. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Knobbe in Holzen.
Holzhausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Kriese, Chaussee.
Vortrag des Kam. Seltner, Buchum, über: „Geschichte der Gewerkschaftsbewegung.“ Hennens. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hesselmann.
Vortrag des Kam. Kühnert, Buchum, über: „Die Massenunruhen im Bergbau.“ Hohenhorst. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Seltner.
Vortrag des Kam. Hölken, Buchum, über: „Koalitionsrecht und Arbeitsvertrag.“

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 21. April 1907:

Braunschweig. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Schirmer, Hofstraße. — Die Lage der Bergarbeiter und die Zukunft derselben. Referent: Kamerad Polorny, Bochum.
Celle (Hannover). Nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, für die Delts und Kaliarbeiter. — Warum müssen wir uns organisieren? Referent: Kamerad Wilhelm Weiß.
Döbeln. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Friske. — Die kulturelle Bewegung der Gewerkschaftsbewegung. Referent: P. Horn.
Döbeln. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Tepper. — Die praktische Lage der Braunkohlenbergarbeiter im allgemeinen und die Zustände auf der Grube „Stadt Orlitz“ im besonderen. Referent: Kamerad Franz Thoss, Waldenburg.

Sonntag, den 22. April 1907:

Döhren, Blumenode, Regis u. Ling. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Fischer in Döhren. — Barum: Bedarf der Bramschensteiner einer starken Organisation gegen die heimtückische Kampagne des Gründers. Referent: Kamerad Karl Wols, Borna.

Dippoldiswalde. Nachmittags 5 Uhr, im Gesellshaus des Herrn Seltner.

Waldenburger und Neuroder Revier.

Die Tagesordnung für diese Versammlungen wird durch Sonderzeitung bekannt gemacht. — Referent in allen Versammlungen: Arbeitssekretär Johann Spaniol, Oberhagen.

Sonntag, den 21. April 1907:

Schleiz. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Stephan, Kolonie Leppelt, Augustendorf-Neurode. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn R. Hermann, Gasthaus „Zum Schäfle“.

Montag, den 22. April 1907:

Alt-Lausitz. Vormittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Springer, Gasthaus „Zum Lößnig“.

Dienstag, den 23. April 1907:

Alt-Lausitz. Abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Böhm, „Zur Brauerie“.

Wittichen, den 24. April 1907:

Alt-Lausitz. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Fischer, Gasthaus „Zum deutschen Kaiser“.

Donnerstag, den 25. April 1907:

Rein-Salzbrunn. Abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Wieland, „Am Hof“.

Alle Kameraden müssen erscheinen.

Zahlstellen-Feste.

Sonntag, den 21. April 1907:

Oberwöhren. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Friske, im Feldkirch. Geschlossener Festball.

Sonntag, den 28. April 1907:

Zipsendorf. Nachmittags 5 Uhr (nach der öffentlichen Versammlung), im Gasthaus des Herrn Stoll, Ball, verbunden mit farbentrichter Aufzählerung und Feierabend.

Beliebt, wirtschaftlich, billig

W. Brockmann's echte Marke B. Zur Steigerung der Preis-Liste gibt es nichts Besseres. Nur mit mit dem Zweig! 5 Sil. 3,50 M., 12% Sil. 6,50 M., 25 Sil. 11 M., 50 Sil. 20 M., 100 Sil. 39 M., 200 Sil. 78 M. Jeder Prospekt gratis zu senden.

M. Brockmann. Chem. Fabrik, Leipzig-Eutritzschi 12a.

70

Achtung! Bergarbeiter Achtung! von Bochum und Umgegend.

Robert meines mechanischen Betriebsinstitut habe eine Fabrikation von

Arbeitsstiefeln, Bergmannsschuhe,

— Spezialität: erfüllt und giebt jedem Bergarbeiter eine Garantie ab und zwar in besser Qualität wie noch nie zuvor. —

Wilh. Grosse-Info. Schuhfabrik, Reitweg, große Fabrikat. Sohne, Strickmühle 21.

Belle Herrensohlen nur 1,20 M.

Belle Damensohlen nur 1,20 M.

Praktisch täglich neue Modelle.

49

„Superior“-Fahrräder

Zubehörteile

die verschiedensten und im Gebrauch die bekanntesten sind!

Nähmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

Eisenguss.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Superior - Fahrräder

Zubehörteile

die verschiedensten und im Gebrauch die bekanntesten sind!

Nähmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine

Waschmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

Taschen- und Wanduhren, Uhren.

Spiegel, Löffel, Tafelbesteck, Besteck.

49

Handarbeit schafft was keine Maschine kann und auch keine